

Freiburg im Breisgau, den 7. Juni 2006

Inhalt: Haushaltsplan und Steuerbeschlüsse des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007. — Auflegung des Haushaltsplans des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007. — Jahresrechnung der Bistumskasse für die Jahre 2002 und 2003. — Schlüsselzuweisungs-Ordnung. — Richtlinien zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kath. Kirchengemeinden des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007 (Haushaltsrichtlinien 2006 und 2007). — Haushaltsplan des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006/2007 (Bestellung). — Druckschriften und Broschüren des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz. — Wohnung für Priester im Ruhestand.

| |
|---------------------------------|
| Erlasse des Ordinariates |
|---------------------------------|

Nr. 340

A Haushaltsplan und Steuerbeschlüsse des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007

A.1 Haushalts- und Steuerbeschlüsse der Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 2006 und 2007

Die Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg hat am 16. Dezember 2005 folgende

Haushalts- und Steuerbeschlüsse

gefasst:

§ 1 Haushaltsvolumen

Der Haushaltsplan des Erzbistums Freiburg für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 wird in Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 auf 412.500.000 € und für das Haushaltsjahr 2007 auf 408.350.000 € festgestellt.

§ 2 Steuersatz

Der Steuersatz für die einheitliche Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) wird für die Kalenderjahre 2006 und 2007 auf 8 v. H. der Bemessungsgrundlage, mindestens jedoch

- 3,60 €/jährlich,
- 0,90 €/vierteljährlich,
- 0,30 €/monatlich,
- 0,07 €/wöchentlich,
- 0,01 €/täglich

festgesetzt.

Die Mindestbeträge sind nur zu erheben, wenn Einkommensteuer festzusetzen oder Lohnsteuer zu erheben ist.

Der Hebesatz gemäß Absatz 1 Satz 1 gilt auch in den Fällen der Pauschalierung der Lohnsteuer. Bei Anwendung der Vereinfachungsregelung gemäß den Ziffern 1 und 3 des gleichlautenden Erlasses der obersten Finanzbehörden der Bundesländer betr. Kirchensteuer bei Pauschalierung der Lohnsteuer vom 19. Mai 1999 (Bundessteuerblatt 1999, Teil I, S. 509) beträgt der ermäßigte Satz 7 % der pauschalierten Lohnsteuer.

Seit 1. Januar 2005 beträgt der bei Anwendung der vorstehenden Vereinfachungsregelung zu berücksichtigende ermäßigte Kirchensteuersatz 6,5 % der pauschalierten Lohnsteuer (GABl. vom 30. Mai 2003, Nr. 7, S. 483).

§ 3 Kirchensteuerverteilung

Das Aufkommen aus der einheitlichen Kirchensteuer wird von der Bistumskasse des Erzbistums Freiburg verwaltet und in den Jahren 2006 und 2007 in der Weise aufgeteilt, dass auf das Erzbistum 55 v. H. und auf die Gesamtheit der Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden 45 v. H. entfallen.

Der Anteil der Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden am Aufkommen aus der einheitlichen Kirchensteuer wird wie folgt unterteilt:

- a) 37 v. H. des Aufkommens als Anteil der Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden an der einheitlichen Kirchensteuer (HHGl. 9710 und 9730) zur Verteilung gemäß der Schlüsselzuweisungs-Ordnung 2006 und 2007 sowie zur zentralen Finanzierung örtlicher Zwecke; die Punktequote wird für 2006 und 2007 auf je 456,00 € festgesetzt.
- b) 8 v. H. des Aufkommens als Ausgleichstockzuweisungen zur Deckung von Haushaltsfehlbeträgen sowie zur Mitfinanzierung örtlicher Investitionsvorhaben (HHGl. 9720).

Reicht der Anteil für die Schlüsselzuweisungen nach Absatz 2 Buchstabe a) nicht aus, um eine Punktequote von 456,00 € sicherzustellen, so wird der Anteil durch entsprechende Entnahme aus der Sonderrücklage Schlüsselzuweisungen erhöht.

Kann infolge eines verminderten Kirchensteueraufkommens die Punktequote von 456,00 € ohne Beeinträchtigung anderer wichtiger kirchlicher Aufgaben nicht sichergestellt werden, so wird sie im Einvernehmen mit dem Kirchensteuerausschuss mit Wirkung für das laufende Jahr berichtet.

§ 4 Stellenbewirtschaftung

Zur Erprobung neuer Formen in der Stellenbewirtschaftung werden Ausnahmen von Regelungen bezüglich der §§ 9, 10, 19 und 40 der geltenden Haushaltsordnung zugelassen. Die bei den einzelnen Haushaltsstellen ausgewiesene Gesamtstellenzahl als auch die jeweiligen Haushaltsansätze bilden die Obergrenze möglicher Flexibilisierung im Haushaltsvollzug.

Ausnahmen gemäß § 32 Haushaltsordnung bleiben hiervon unberührt.

§ 5 Kredite

Zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Haushaltswirtschaft wird das Erzbischöfliche Ordinariat ermächtigt, vorübergehend Kassenkredite bis zur Höhe von 25 Mio. € aufzunehmen.

§ 6 Bürgschaften

Das Erzbischöfliche Ordinariat wird ermächtigt, namens des Erzbistums Bürgschaften zu übernehmen, die bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Mio. € der Finanzierung von Baumaßnahmen sowie bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Mio. € der Absicherung von Zukunftsleistungen (insbesondere der Altersversorgung) von kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie sonstigen Rechtspersonen, die der kirchlichen Aufsicht unterstehen, dienen.

§ 7 Verwendung etwaiger Überschüsse bzw. überplanmäßiger Einnahmen

Etwaige Überschüsse in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 sind den Rücklagen des Bistums und der Kirchengemeinden zuzuführen.

Überplanmäßige Einnahmen bei der HHSt. 9100.01304 sind der Clearing-Rücklage zuzuführen, wenn der aktuelle Stand der Clearing-Rücklage einschließlich der planmäßigen Entnahme von Zinserträgen im jeweiligen Kalenderjahr unter 30 Mio. € liegt. Darüber hinaus sollen sie der Clearing-Rücklage zugeführt werden.

§ 8 Übergangsregelung

Sollte bis zum 31. Dezember 2007 der Haushalts- und Steuerbeschluss für das Jahr 2008 noch nicht gefasst sein, so können alle Personalausgaben und laufenden Sachausgaben monatlich mit einem Zwölftel des im Haushaltsplan für das Jahr 2007 festgesetzten Betrags fortgezahlt werden.

§ 9 Haushaltsvermerke

Die Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke gemäß §§ 16 und 17 HO ergeben sich aus der beiliegenden Anlage.

A.2 Anlage zu § 9 der Haushalts- und Steuerbeschlüsse für 2006 und 2007

Die nachfolgenden Haushaltsvermerke ermächtigen die Verwaltung zum Vollzug des Haushaltsplans. Ein Rechtsanspruch der Mittelempfänger entsteht dadurch nicht.

A Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke gemäß §§ 16 und 17 HO

- 1.1 Gegenseitig deckungsfähig sind folgende Haushaltsstellen (HHSt.) und Haushaltsgliederungen (HHGl.):
 - Mehreinnahmen bei HHSt. 1233.13730 berechneten zu Mehrausgaben bei den HHSt. 1232.75002 und 1233.56700
 - HHSt. 1315.47609 und 1315.52000
 - HHSt. 5630.74405 und 5630.75505
 - HHGl. 9710 und 9730
 - Minderausgaben bei HHSt. 9720.74341 berechneten zu entsprechenden Mehrausgaben bei HHSt. 9720.81307
- 1.2 Gegenseitig deckungsfähig sind folgende Gruppierungsziffern:
 - 1.2.1 innerhalb des Haushaltsplans
 - 44 – Sonstige Versorgungsleistungen
 - 46 – Beihilfen, Unterstützungen u. Ä.
 - 47 – Personalbezogene Sachausgaben

1.2.2 innerhalb eines Einzelplans

- 42 und 45 Dienstbezüge sowie Vertretungen und Aushilfen
- 48 Personalkostenzuschüsse und Personalkostenersatz
- 52 bis 55 sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben
- 61 bis 64 Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude, Mieten, Pachten, Erbbauzinsen sowie Beschaffung und Unterhaltung der Geräte und Ausstattung

2.2 Übertragbar sind die Haushaltsmittel folgender Haushaltsstellen:

| | | |
|-------------|-------------|-------------|
| 0110.54300, | 0120.75009, | 0190.61002, |
| 0660.54509, | 0660.61006, | 0660.62305, |
| 0811.56103, | 1231.54304, | 1232.75002, |
| 1813.75000, | 2120.56109, | 2312.75005, |
| 2426.64008, | 3640.56101; | |

Die Deckungsfähigkeit (DK) und Übertragbarkeit (Ü) sind bei den einzelnen Haushaltsstellen, soweit sie nicht unter 1.2.1, 1.2.2, und 2.1 fallen, in der Bemerkungsspalte dargestellt.

2.1 Übertragbar sind die Haushaltsmittel folgender Gruppierungsziffern:

- 81 bis 83 Investitionszuweisungen und Investitionszuschüsse
- 94 Erwerb von Vermögen und Rechten
- 95 Baumaßnahmen
- 96 Renovierungen
- 98 Sonstige vermögenswirksame Ausgaben

B Weitere Haushaltsvermerke bei den einzelnen Haushaltsstellen in der Spalte „Bemerkungen“ bedeuten:

- R = Rücklagenentnahme
- VE = Verpflichtungsermächtigung
- k. w. = künftig wegfallend
- k. u. = künftig umzuwandeln

A.3 Haushaltsplan

Haushaltsplan 2006

Haushaltsplan 2007

| Einzelplan | Bezeichnung | Haushaltsplan 2006 | | | Haushaltsplan 2007 | | |
|-------------------------|---------------------------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------------|
| | | Einnahmen € | Ausgaben € | Zuschuss (-) Überschuss (+) € | Einnahmen € | Ausgaben € | Zuschuss (-) Überschuss (+) € |
| 0 | Leitung und Verwaltung des Erzbistums | 8.848.500 | 24.152.590 | - 15.304.090 | 7.864.600 | 22.617.000 | - 14.752.400 |
| 1 | Allgemeine Seelsorge | 25.565.300 | 103.714.470 | - 78.149.170 | 25.960.800 | 102.826.700 | - 76.865.900 |
| 2 | Besondere Seelsorge | 547.600 | 21.232.600 | - 20.685.000 | 501.300 | 20.915.900 | - 20.414.600 |
| 3 | Schule, Bildung, Wissenschaft | 785.500 | 22.362.800 | - 21.577.300 | 714.500 | 22.764.200 | - 22.049.700 |
| 4 | Kirchliche soziale Dienste | 4.373.000 | 38.161.340 | - 33.788.340 | 3.339.000 | 35.240.000 | - 31.901.000 |
| 5 | Gesamtkirchliche Aufgaben | - | 17.870.900 | - 17.870.900 | - | 17.502.100 | - 17.502.100 |
| 6 | Bauverwaltung | 2.047.000 | 3.790.000 | - 1.743.000 | 2.147.500 | 3.843.500 | - 1.696.000 |
| 9 | Finanzen und Versorgung | 370.283.100 | 181.165.300 | 189.117.800 | 367.822.300 | 182.640.600 | 185.181.700 |
| SUMME GESAMTPLAN | | 412.450.000 | 412.450.000 | - | 408.350.000 | 408.350.000 | - |

A.4 Staatliche Genehmigung

Das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg hat mit Schreiben vom 2. Februar 2006, Az.: RA-7151.22/15, den Steuerbeschluss der Kirchensteuervertretung vom 16. Dezember 2005 im Einvernehmen mit dem Finanzministerium staatlich genehmigt.

2005 werden mit Bezug auf § 9 Absatz 2 Satz 2 Kirchensteuergesetz Baden-Württemberg vom 15. Juni 1978 (GBl. S. 370), zuletzt geändert am 6. Februar 2001 (GBl. S. 116) und § 11 Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg vom 27. August 1971 (ABl. S. 115), zuletzt geändert am 5. Juli 2004 (ABl. S. 375), öffentlich bekannt gemacht.

A.5 Öffentliche Bekanntmachung

Die Haushalts- und Steuerbeschlüsse der Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg vom 16. Dezember

Freiburg, den 10. Februar 2006

Dr. Fridolin Keck
Generalvikar

A.6 Auflegung des Haushaltsplans des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007

Der Haushaltsplan des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007 liegt in der Zeit vom 12. Juni 2006 bis einschließlich 26. Juni 2006 im Dienstgebäude des Erzbischöflichen Ordinariates, Zimmer 325, Schoferstraße 2 in 79098 Freiburg, während der üblichen Dienstzeiten gemäß § 10 Absatz 4 Satz 1 KiStO der Erzdiözese Freiburg zur Einsicht auf.

B Jahresrechnung der Bistumskasse für die Jahre 2002 und 2003

B.1 Beschluss der Kirchensteuervertretung

Die Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg hat am 15. Dezember 2005 beschlossen, dass die Jahresrechnungen der Bistumskasse Freiburg für die Jahre 2002 und 2003 gemäß § 10 Absatz 3 KiStO auf folgende Beträge festgestellt werden:

| Bezeichnung | Jahresrechnung 2002 | | | Jahresrechnung 2003 | | |
|---|------------------------------|---------------------|------------------|------------------------------|---------------------|------------------|
| | HHReste aus dem Vorjahr € | laufendes Jahr € | zusammen € | HHReste aus dem Vorjahr € | laufendes Jahr € | zusammen € |
| 1. Einnahmen der Einzelpläne 0 bis 9 | | | | | | |
| 1.1 Soll-Einnahmen | 0 | 398.285.867,26 | 398.285.867,26 | 0 | 444.889.256,23 | 444.889.256,23 |
| 1.2 Haushalts-Einnahmereste für das Folgejahr | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1.3 Haushalts-Einnahmereste vom Vorjahr | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1.4 Bereinigte Einnahmen | 0 | 398.285.867,26 | 398.285.867,26 | 0 | 444.889.256,23 | 444.889.256,23 |
| 2. Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 9 | | | | | | |
| 2.1 Soll-Ausgaben | 1.249.505,13 | 391.844.445,66 | 393.093.950,79 | 4.936.095,81 | 440.682.630,12 | 445.618.725,93 |
| 2.2 Haushalts-Ausgabereste für das Folgejahr | + 800.275,35 | + 6.441.421,60 | + 7.241.696,95 | 2.305.601,14 | + 4.206.626,11 | + 6.512.227,25 |
| 2.3 Haushalts-Ausgabereste vom Vorjahr | ./. 2.049.780,48 | 0 | ./. 2.049.780,48 | 7.241.696,95 | 0 | ./. 7.241.696,95 |
| 2.4 Bereinigte Soll-Ausgaben | 0,00 | 398.285.867,26 | 398.285.867,26 | 0,00 | 444.889.256,23 | 444.889.256,23 |
| 3. Differenz zwischen 1.4 und 2.4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4. Nachrichtlich | | | | | | |
| 4.1 Abgänge an Einnahmeresten | | 0,00 | | | 0,00 | |
| 4.2 Abgänge an Ausgaberesten (HHSt. 9900.39007) | 86.896,61 | | | 132.702,40 | | |
| 4.3 Überschuss (HHSt. 9900.79201) | 40.070,86 | | | 68.349,51 | | |

B.2 Vergleich der Haushaltsansätze für die Jahre 2002 und 2003 mit den Rechnungsergebnissen, gegliedert nach Einzelplänen

| Einzelplan | Bezeichnung | 2002 | | | | 2003 | | | |
|------------|---------------------------------------|----------------|---------------|--------------------------|----------------|----------------|---------------|--------------------------|----------------|
| | | Haushaltsplan | | Rechnungsergebnis (Soll) | | Haushaltsplan | | Rechnungsergebnis (Soll) | |
| | | Einnahmen € | Ausgaben € | Einnahmen € | Ausgaben € | Einnahmen € | Ausgaben € | Einnahmen € | Ausgaben € |
| 0 | Leitung und Verwaltung des Erzbistums | 6.760.300 | 26.304.300 | 6.780.180,38 | 25.396.366,50 | 6.858.800 | 24.309.900 | 7.069.883,13 | 23.681.075,73 |
| 1 | Allgemeine Seelsorge | 24.023.900 | 104.630.900 | 24.172.668,85 | 97.732.851,58 | 24.328.600 | 108.771.100 | 28.440.102,92 | 100.216.628,14 |
| 2 | Besondere Seelsorge | 512.000 | 22.592.500 | 546.312,06 | 21.993.684,35 | 519.500 | 22.489.100 | 523.046,31 | 21.805.276,95 |
| 3 | Schule, Bildung und Wissenschaft | 600.000 | 23.453.400 | 635.491,71 | 24.029.941,15 | 604.000 | 24.886.500 | 672.018,78 | 22.767.111,25 |
| 4 | Kirchliche soziale Dienste | 2.014.000 | 41.825.900 | 2.129.989,02 | 41.673.063,65 | 2.049.200 | 39.832.600 | 1.811.576,31 | 39.531.921,14 |
| 5 | Gesamtkirchliche Aufgaben | 0 | 18.755.800 | 0 | 18.608.477,25 | 0 | 19.193.500 | 0 | 19.583.896,04 |
| 6 | Bauverwaltung | 1.700.200 | 3.647.800 | 2.019.752,16 | 3.766.099,71 | 1.700.200 | 3.788.600 | 2.101.110,24 | 3.934.109,61 |
| 9 | Finanzen und Versorgung | 372.239.600 | 166.639.400 | 362.001.473,08 | 165.085.383,07 | 375.639.700 | 168.428.700 | 404.271.518,54 | 213.369.237,37 |
| | Summe Gesamtplan | 407.850.000 | 407.850.000 | 398.285.867 | 398.285.867 | 411.700.000 | 411.700.000 | 444.889.256,23 | 444.889.256,23 |

B.3 Auflegung der Jahresrechnung der Bistumskasse Freiburg für die Jahre 2002 und 2003

Die Jahresrechnung der Bistumskasse für die Jahre 2002 und 2003 liegt in der Zeit vom 12. Juni 2006 bis einschließlich 26. Juni 2006 im Dienstgebäude des Erzbischöflichen Ordinariates, Zimmer 325, Schoferstraße 2 in 79098 Freiburg, während der üblichen Dienstzeiten gemäß § 10 Absatz 4 Satz 1 KiStO der Erzdiözese Freiburg zur Einsicht auf.

Nr. 343

C Schlüsselzuweisungs-Ordnung

Nach Beratung und Beschlussfassung durch die Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg vom 16. Dezember 2005 wird nachstehende Ordnung der Zuweisungen von Kirchensteuern an die Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden in den Jahren 2006 und 2007 (Schlüsselzuweisungs-Ordnung) erlassen.

Ordnung der Zuweisungen von Kirchensteuern an die Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden in den Jahren 2006 und 2007 (Schlüsselzuweisungs-Ordnung)

Der nach § 3 der Haushalts- und Steuerbeschlüsse der Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 2006 und 2007 festgesetzte Anteil am Aufkommen aus der einheitlichen Kirchensteuer für die Schlüsselzuweisungen wird nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen auf die Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden aufgeteilt:

1. Allgemeines

- 1.1 Zur Aufteilung des Anteils der Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden am Aufkommen der einheitlichen Kirchensteuer (Schlüsselzuweisungs-Berechnung) wird für jede Kirchengemeinde nach Maßgabe dieser Ordnung eine Punktezahl festgestellt. In Gesamtkirchengemeinden werden die für die Einzelkirchengemeinden festgestellten Punktezahlen der Gesamtkirchengemeinde zugerechnet. Die Punkte, die einer Kirchengemeinde/Gesamtkirchengemeinde zugerechnet werden, sind Maßstab für ihren Anteil an dem als Schlüsselzuweisung auszuschüttenden Gesamtbetrag.
- 1.2 Die Punktezahl, vervielfacht mit der Punktquote, ergibt den Jahresbetrag der Schlüsselzuweisung. Die Festsetzung der Punktquote erfolgte in § 3 der Haushalts- und Steuerbeschlüsse vom 16. Dezember 2005.
- 1.3 Aus der Zuteilung von Punkten für bestimmte Gebäude, Einrichtungen und sonstige bestimmte Aufgaben können keine Ansprüche hergeleitet werden, den auf diese Gebäude, Einrichtungen oder Aufgaben entfallenden Anteil an der Schlüsselzuweisung hierfür zu verwenden. Die Punktezahl ist lediglich

eine Berechnungsgröße zur Ermittlung der Schlüsselzuweisung, die den Gesamtbedarf einer Kirchengemeinde abdeckt.

Die Verwendung der Schlüsselzuweisung wird im Rahmen des Haushaltsplans der betreffenden Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden geregelt.

- 1.4 Von der Haushaltswirtschaft einer Kirchengemeinde/Gesamtkirchengemeinde bleiben die Kosten für die pfarrgemeindlichen Aufgaben ausgenommen, die das Erzbistum unmittelbar aus Kirchensteuermitteln zugunsten der Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden – Personalkosten für das Seelsorgepersonal (Geistliche, Diakone, Pastoralreferenten u. a.), anteiliger Personal- und Versorgungsaufwand für Pfarrhaushälterinnen, Kosten der Datenverarbeitung für das kirchliche Meldewesen, Kosten für Sammelversicherungen u. a. m. – trägt. In den Zuweisungen sind mithin die Leistungen des Erzbistums nicht enthalten, die es zentral zugunsten der Kirchengemeinde erbringt.
- 1.5 Ergibt sich bei der Aufstellung des ortskirchlichen Haushaltsplans ein Überschuss, so ist er der allgemeinen Rücklage oder einer Rücklage mit bestimmter Zweckbindung zuzuführen. Die Rücklagenbildung aus laufenden Haushaltsmitteln bedarf der Zustimmung des Erzbischöflichen Ordinariates, wenn die Kirchengemeinde im vorangegangenen Haushaltszeitraum Zuwendungen aus dem Ausgleichstock erhalten hat.

2. Berechnung der Punktezahl

2.1 Hauptansatz

Eine Kirchengemeinde mit nachstehenden Katholikenzahlen erhält folgende Punkte:

| | |
|-------------|-----------|
| bis 300 | 15 Punkte |
| 301 bis 500 | 18 Punkte |
| 501 bis 700 | 21 Punkte |

- 2.12 Eine Kirchengemeinde, die mehr als 700 Mitglieder hat, erhält für je 100 Mitglieder grundsätzlich einen Punkt. Dabei zählt jedes angefangene Hundert als ein volles Hundert.

Die Punktezahl wird wie folgt gewichtet:

Punkte bis zu 2000 Mitglieder x 3,0
Punkte für alle weiteren Mitglieder x 2,5.

Jeder Punktest (Stellen nach dem Komma), der durch die Multiplikation entsteht, ist auf einen vollen Punkt aufzurunden (s. Anmerkung).

Anmerkung zu 2.12:

Die Punkte für Kirchengemeinden nach vorstehenden Regelungen sind bei jeweils mehr als 2000 Mitgliedern dadurch zu ermitteln, dass man die bis auf volle Hundert aufgerundete Mitgliederzahl durch 100 teilt, das Ergebnis der Teilung mit 2,5 vervielfacht, auf den nächsten vollen Punkt aufrundet und sodann die Zahl 10 hinzuzählt (z. B. 9.644 aufgerundet auf 9.700 : 100 = 97 x 2,5 = 242,5, aufgerundet auf 243 + 10 = 253).

Der Berechnung liegt folgende Formel zugrunde:

$$\frac{(M \times 2,5) + (2000 \times 0,5)}{100}$$

„M“ ist die auf die nächsten Hundert aufgerundete Mitgliederzahl.

- 2.13 Die Bepunktung gemäß Ziff. 2.11 und 2.12 gilt entsprechend für rechtlich unselbstständige Filialen und „kirchliche Nebenzentren“, wenn regelmäßig mindestens einmal/Monat Gottesdienst stattfindet. (Bei Anwendung dieser Regelung werden die Katholiken „im Bereich der unselbstständigen Filiale/des „kirchlichen Nebenzentrums“ zugrunde gelegt. Die Katholikenzahl für die Anwendung der Ziff. 2.11 und 2.12 wird entsprechend reduziert.)

Ein „kirchliches Nebenzentrum“ liegt vor, wenn in einem räumlich abgrenzbaren Teil der Kirchengemeinde ein weiterer Gottesdienstraum *und* Gemeinderäume vorhanden sind.

Gottesdienst ist eine Eucharistiefeier bzw. eine Wort-Gottes-Feier, die an die Stelle der Hl. Messe tritt.

- 2.14 Maßgebend ist der Stand der Kirchengemeindemitglieder (mit Hauptwohnsitz) nach den Ergebnissen der Zentralen Kirchlichen Meldestelle. Die für die Erhebung von Umlagen (z. B. für die Pfarrverbände, Caritassekretariate) anzuwendenden Katholikenzahlen werden den Kirchengemeinden in der Punkte-mitteilung zur Haushaltsplanaufstellung bekannt gegeben.

2.2 Nebenansätze für Gebäude

- 2.21 Eine Kirchengemeinde erhält für Kirchen/Kapellen mit regelmäßig mindestens einem Gottesdienst* pro Woche eine sich nach der Fläche des Innenraumes dieser Kirchen/Kapellen richtende Punktezahl, und zwar:

| | | |
|--------|---------------------------|-----------|
| 2.21.1 | bis 50 qm | 10 Punkte |
| 2.21.2 | von 51 qm bis 100 qm | 14 Punkte |
| 2.21.3 | von 101 qm bis 300 qm | 18 Punkte |
| 2.21.4 | von 301 qm bis 500 qm | 21 Punkte |
| 2.21.5 | von 501 qm bis 1.000 qm | 24 Punkte |
| 2.21.6 | von 1.001 qm bis 1.500 qm | 27 Punkte |
| 2.21.7 | von 1.501 qm bis 2.000 qm | 30 Punkte |
| 2.21.8 | ab 2.001 qm | 33 Punkte |

Anmerkung zu 2.21:

*Zur Definition des Gottesdienstes vgl. Ziffer 2.13.

- 2.22 Eine Kirchengemeinde erhält für die Unterhaltung und den Betrieb der Gemeindehäuser, Pfarr- und Jugendheime mit einer Innenraumfläche

| | | |
|--------|---------------------------|-----------|
| 2.22.1 | bis zu 100 qm | 8 Punkte |
| 2.22.2 | von 101 qm bis 300 qm | 15 Punkte |
| 2.22.3 | von 301 qm bis 500 qm | 20 Punkte |
| 2.22.4 | von 501 qm bis 700 qm | 25 Punkte |
| 2.22.5 | von 701 qm bis 1.000 qm | 30 Punkte |
| 2.22.6 | von 1.001 qm bis 1.500 qm | 35 Punkte |
| 2.22.7 | ab 1.501 qm | 40 Punkte |

Maßgebend ist hierbei die Gesamtfläche aller als Gemeindehaus, Pfarr- oder Jugendheim genutzten Räume, auch wenn sich diese in verschiedenen Gebäuden befinden. Werden Gemeindehäuser in „kirchlichen Nebenzentren“ (Def. s. Ziffer 2.13) unterhalten, so erfolgt für diese eine eigene Bepunktung.

- 2.23 Eine Kirchengemeinde erhält für jedes andere, unmittelbar und ganz oder teilweise pfarrlichen Zwecken dienende Gebäude (z. B. Filialkirchen und Kapellen ohne allwöchentlichen Gottesdienst, Pfarrhaus, Kindergarten) 4 Punkte.

- 2.24 Als Gebäude gilt jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk; bei Doppel-, Gruppen- und Reihenhäusern zählt jedes Einzelne, von dem Anderen durch eine Trennmauer geschiedene Bauwerk als selbstständiges Gebäude. Sakristeien, Kreuzgänge, überdachte Bildstöcke, Garagen, Schuppen, Pfarrscheuern u. Ä. zählen nicht als Gebäude.

Pfarrlichen Zwecken dienende Räume, die sich in Gebäuden im Sinne der Ziff. 2.21, 2.22 oder 2.23 befinden und bei der Bepunktung dieser Gebäude wegen unterschiedlicher Nutzung nicht mit zu berücksichtigen sind, gelten als selbstständige zu bepunktende Einrichtungen (z. B. Pfarrheim in der Unterkirche, Gemeinderäume im Pfarrhaus, Kindergartenräume im Gemeindehaus).

2.3 Nebenansätze für Sondereinrichtungen

- 2.31 Eine Kirchengemeinde erhält für den Betrieb eines Kindergartens oder einer Tageseinrichtung mit altersgemischten Gruppen gemäß § 1 Absatz 1 des Kindergartengesetzes für Baden-Württemberg i. d. F. vom 9. April 2003 eine nach der Gruppenzahl bemessene Punktezahl entsprechend der folgenden Tabelle.

Das Gleiche gilt für andere Einrichtungen (z. B. Kinderkrippe, Schülerhort), wenn eine Betriebsgenehmigung des Erzbischöflichen Ordinariates vorliegt.

| Gruppenzahl | Punkte |
|------------------------------|--------|
| Eingruppige Einrichtungen | 24 |
| Zweigruppige Einrichtungen | 39 |
| Dreigruppige Einrichtungen | 59 |
| Viergruppige Einrichtungen | 78 |
| Fünfgruppige Einrichtungen | 98 |
| Sechsgruppige Einrichtungen | 119 |
| Siebengruppige Einrichtungen | 138 |
| Achtgruppige Einrichtungen | 156 |

Betreibt der kirchliche Träger in Kindergärten oder Tageseinrichtungen mit Altersmischung Gruppen mit durchgehend ganztägiger Betreuung (§ 1 Absatz 5 Ziffer 4 des Kindergartengesetzes), so werden ihm folgende Zusatzpunkte gewährt, die nach der Zahl der Ganztagskinder bemessen sind.

Das Gleiche gilt für Gruppen in Kinderkrippen und Schülerhorten.

| | |
|------------------------|-----------|
| ab 5 Ganztagskindern | 6 Punkte |
| ab 15 Ganztagskindern | 12 Punkte |
| ab 25 Ganztagskindern | 18 Punkte |
| ab 35 Ganztagskindern | 24 Punkte |
| ab 55 Ganztagskindern | 30 Punkte |
| ab 75 Ganztagskindern | 36 Punkte |
| ab 95 Ganztagskindern | 42 Punkte |
| ab 115 Ganztagskindern | 48 Punkte |
| ab 135 Ganztagskindern | 54 Punkte |

Ganztagskinder werden mindestens 7 Stunden/Tag betreut. Es besteht die Gelegenheit zur Bettruhe; Mittagsverpflegung wird gereicht.

Diese Regelung begründet keinen Anspruch darauf, die Genehmigung zur Schaffung von Personalstellen oder die Genehmigung zum Betrieb bzw. zur Übernahme der Trägerschaft einer Einrichtung oder von Teilen derselben durch das Erzbischöfliche Ordinariat zu erlangen.

- 2.32 Zur Beteiligung an der Finanzierung sozialer und caritativer Aufgaben einer Kirchengemeinde erhält diese Schlüsselzuweisungen, die sich nach der Zahl der Kirchengemeindemitglieder bemisst. Es wird für je 200 angefangene Mitglieder einer Kirchengemeinde ein Punkt gewährt.

- 2.33 Voraussetzung für die Bepunktung der Sondereinrichtungen ist, dass sie sich in kirchlicher Trägerschaft befinden und ihr Betrieb vom Erzbischöflichen Ordinariat genehmigt ist. Die Punkte gemäß Ziffer 2.31 sind der Kirchengemeinde zu bewilligen, die diese Sondereinrichtungen betreibt oder bezuschusst. Werden diese Sondereinrichtungen von mehreren freien Trägern gemeinsam betrieben, so erhält die Kirchengemeinde vom gesamten Punkteansatz für diese Einrichtung einen Anteil, der sich nach dem Verhältnis des Kostenbeitrags der Kirchengemeinde zu den Kostenbeiträgen aller freien Mitträger dieser Einrichtungen bestimmt.

Die sich hiernach ergebenden Punkteanteile der Kirchengemeinden, die zur gleichen Gesamtkirchengemeinde gehören, können zusammengefasst und unmittelbar der Gesamtkirchengemeinde zugeteilt werden.

2.4 Schlüsselzuweisung für Schuldendienstleistungen

- 2.41 Eine Kirchengemeinde/Gesamtkirchengemeinde, die trotz der Schlüsselzuweisung nach Ziff. 2.1 bis 2.3 ihren Haushaltsplan nicht auszugleichen in der Lage ist, kann zur Bestreitung der Schuldendienstleistungen für die vor dem 1. Mai 1995 genehmigten Darlehen eine zusätzliche Schlüsselzuweisung bis zur Hälfte der Schuldendienstleistung, für nach diesem Termin genehmigte Darlehen bis zu 40 v. H. der Schuldendienstleistung, erhalten. Die besonderen Schlüsselzuweisungen werden erst nach der Darlehensaufnahme gewährt.

Außerordentliche Tilgungsbeträge sowie Zins- und Tilgungsbeträge, die von Dritten zu erbringen sind, bleiben hierbei grundsätzlich außer Ansatz.

2.5 Zusatzpunkte

- 2.51 Eine Gesamtkirchengemeinde erhält zum Ausgleich von Sonderlasten, die sich aus der Wahrnehmung der Aufgaben, die über den Bereich der einzelnen Kirchengemeinden bzw. der Gesamtkirchengemeinde hinausgehen, oder die sich aus der Wahrnehmung zentralörtlicher Aufgaben ergeben, Zusatzpunkte. Diese betragen bei Gesamtkirchengemeinden mit über 30.000 Katholiken 2,25 Punkte, bei Gesamtkirchengemeinden mit über 15.000 bis 30.000 Katholiken 1,25 Punkte, bei Gesamtkirchengemeinden

mit über 10.000 bis 15.000 Katholiken 1 Punkt und bei Gesamtkirchengemeinden mit 10.000 und weniger Katholiken 0,75 Punkte je 100 Mitglieder. Dabei zählt jedes angefangene Hundert als ein volles Hundert.

- 2.52 Nach Errichtung der Seelsorgeeinheit erhalten die zu ihr gehörenden Kirchengemeinden Zusatzpunkte zum Ausgleich hierdurch entstehender Mehraufwendungen. Die Zuweisung erfolgt an die Kirchengemeinde, in der der Leiter der Seelsorgeeinheit seinen Sitz hat. Die Messzahl ergibt sich aus der Zahl der gemäß Ziffer 2.1 bepunkteten Einheiten, multipliziert mit der Anzahl der Katholiken in der Seelsorgeeinheit. Das Ergebnis wird mit folgender Punktezahl bewertet:

| Messzahl | Punkte |
|--------------------|--------|
| bis 5.000 | 7 |
| 5.001 bis 10.000 | 12 |
| 10.001 bis 30.000 | 17 |
| 30.001 bis 50.000 | 22 |
| 50.001 bis 70.000 | 27 |
| 70.001 bis 100.000 | 32 |
| über 100.000 | 37 |

2.6 Anrechnung von Einnahmen

- 2.61 Regelmäßig wiederkehrende, auf Vertrag oder auf sonstigen Rechtstiteln beruhende Leistungen Dritter (pauschale Staatsleistungen für Kulturausgaben, Kompetenzen), Kapitaleinnahmen und Erbbauzinsen sowie Waldreinerträge werden auf die Schlüsselzuweisungen angerechnet.

Die Berücksichtigung dieser Einnahmen erfolgt mit der Maßgabe, dass jährlich 5.000,00 €, Einnahmen aus Erbbauzinsen bis 30.000,00 € jährlich, anrechnungsfrei bleiben. Der danach noch verbleibende Teil solcher Einnahmen bzw. Reinerträge wird zu 80 v. H. angerechnet und auf den nächsten durch die Punktquote teilbaren Betrag abgerundet.

- 2.62 Von der Anrechnung können ausgenommen werden: Erbbauzinsen, wenn diese zur Finanzierung des Eigenanteils an einer Baumaßnahme verbindlich eingeplant sind, Erträge aus außerordentlichen Holzbieben, Zinsen für Bau-, Erneuerungs- und Anschaffungsrücklagen sowie Zuwendungen für Sondereinrichtungen gemäß Ziffer 2.3.
- 2.63 Die Anrechnung von Leistungen Dritter, die zur Deckung von Kulturaufwendungen bestimmt sind, wird auf den Hauptansatz gemäß Ziffer 2.1 begrenzt. Die nach den übrigen Bestimmungen dieser Ordnung zu bewilligenden Punkte bleiben davon unberührt.

- 2.64 Bei der Anrechnung der Einnahmen auf die Schlüsselzuweisungen für 2006 und 2007 werden die Einnahmen bzw. Reinerträge aus dem Durchschnitt der Haushaltsjahre 2004 und 2005 zugrundegelegt. Weichen diese erheblich von den in den Jahren 2006 und 2007 zu erwartenden Einnahmen bzw. Reinerträgen ab, so können Letztere bei der Anrechnung der Einnahmen berücksichtigt werden.

3. Ausgleichstock

- 3.1 Einer Kirchengemeinde/Gesamtkirchengemeinde, die bei sparsamer Haushaltsführung und bei Ausschöpfung aller eigenen Einnahmequellen ihren ordentlichen Finanzbedarf trotz Schlüsselzuweisung und Gewährung von Zusatzpunkten nach Ziff. 2.4 und 2.5 nicht zu decken vermag, kann zur Minderung des Fehlbetrages ein Zuschuss aus dem Ausgleichstock gewährt werden.
- 3.2 Die Zuschussbewilligung wird von der Vorlage und Überprüfung der abgeschlossenen Haushaltsrechnung des Vorjahres abhängig gemacht.

4. Stichtag, Berichtigung und Rundungen

- 4.1 So weit diese Ordnung nichts anderes bestimmt, sind für die Festsetzung der Punkte die Verhältnisse zu Beginn des Haushaltszeitraumes maßgebend.
- 4.2 Ändern sich im Laufe des Haushaltszeitraumes 2006 und 2007 die für die Bepunktung maßgebenden Verhältnisse (z. B. bei Änderung der Kirchengemeindegrenzen, Inbetriebnahme neuer Gebäude und Sondereinrichtungen), so können die Schlüsselzuweisungen der betroffenen Kirchengemeinden berichtigt werden.
- 4.3 Unrichtigkeiten bei der Festsetzung von Schlüsselzuweisungen können berichtigt werden.
- 4.4 Von der Berichtigung der Schlüsselzuweisungen ist abzusehen, wenn im Haushaltszeitraum weniger als 3 Punkte nachzubewilligen oder abzusetzen wären.
- 4.5 Ergeben sich bei der Berechnung der Punkte Bruchteile, so werden diese bis einschließlich 0,49 abgerundet und ab 0,50 aufgerundet.

5. Bekanntgabe, Teilzahlungen

- 5.1 Die Höhe des für eine Kirchengemeinde/Gesamtkirchengemeinde festgesetzten Jahresbetrages der Schlüsselzuweisung wird bis spätestens 1. März

2006 dem Stiftungsrat bekannt gegeben. Für Kirchengemeinden im Verband einer Gesamtkirchengemeinde erfolgt die Bekanntgabe an den Gesamtstiftungsrat.

- 5.2 Während des Jahres werden monatliche Teilzahlungen in Höhe von einem Zwölftel der jährlichen Schlüsselzuweisung geleistet.

6. Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am 1. Januar 2006 für die Jahre 2006 und 2007 in Kraft.

Nr. 344

D Richtlinien zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kath. Kirchengemeinden des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007 (Haushaltsrichtlinien 2006 und 2007)

1. Allgemeines

Grundlagen für die Erhebung der Kirchensteuer sind das Kirchensteuergesetz – KiStG – vom 15. Juni 1978 (GBl. S. 370), zuletzt geändert am 6. Februar 2001 (GBl. S. 116), sowie die Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg – KiStO – vom 27. August 1971 (Amtsblatt S. 115), zuletzt geändert am 17. Dezember 2004 (Amtsblatt S. 444).

Die Kirchensteuer vom Einkommen wird als einheitliche Kirchensteuer erhoben. Ihr Ertrag steht der Erzdiözese und den Kirchengemeinden zu.

Die Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg hat am 16. Dezember 2005 beschlossen, den Hebesatz für die Kirchensteuer in den Jahren 2006 und 2007 unverändert auf 8 v. H. festzusetzen und das Aufkommen aus der einheitlichen Kirchensteuer in der Weise aufzuteilen, dass auf das Erzbistum 55 v. H. und auf die Gesamtheit der Kirchengemeinden 45 v. H. entfallen.

Der Anteil der Kirchengemeinden wird wie folgt unterteilt:

- 37 v. H. des Aufkommens für Schlüsselzuweisungen, wobei die auf die Kirchengemeinden entfallenden Anteile nach Maßgabe der Schlüsselzuweisungs-Ordnung 2006 und 2007 unter Berücksichtigung einer Punktquote von jährlich 456,00 € berechnet werden.
- 8 v. H. des Aufkommens als Ausgleichstockzuweisungen für finanzschwächere Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden.

Auf den Anteil an der einheitlichen Kirchensteuer werden in den Jahren 2006 und 2007 monatliche Abschlagszahlungen in Höhe eines Zwölftels der jährlichen Schlüsselzuweisungen an die Kirchengemeinden/Gesamtkirchengemeinden geleistet. Die Punktezahlen, die für die Kirchengemeinden aufgrund der Angaben in den bisherigen Erhebungsbogen bzw. aus den Änderungsmitteilungen ermittelt wurden, und die errechneten Jahres- bzw. Monatsbeträge der allgemeinen Schlüsselzuweisungen werden den Stiftungsräten bekannt gegeben. Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen sind mit ihren Jahresbeträgen in die Haushaltspläne einzustellen.

2. Kirchensteuer aus den Grundsteuermessbeträgen

Den Kirchengemeinden ist es ab 1974 freigestellt, die Kirchensteuer aus den Grundsteuermessbeträgen zu erheben. Die Kirchengemeinden haben seitdem von der Erhebung dieser Steuer abgesehen.

3. Kirchgeld

Im Erzbistum Freiburg wird auch in den Jahren 2006 und 2007 kein Kirchgeld erhoben.

4. Aufstellung der Haushaltspläne der Kirchengemeinden für die Jahre 2006 und 2007

4.1. Allgemeines

Das Recht und die Pflicht zur Aufstellung der Kirchengemeindehaushaltspläne ergibt sich aus § 10 KiStG in Verbindung mit § 14 Absatz 2 und § 20 Absatz 3 KiStO. Es obliegt hierbei zunächst dem Pfarrgemeinderat, pastorale Richtlinien für die Gestaltung des Haushalts der Kirchengemeinde aufzustellen. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Rechnung des vorangegangenen Haushaltszeitraums erarbeitet der Stiftungsrat einen Entwurf des Haushaltsplans. Hierbei bedient er sich der Hilfe der Verrechnungsstelle bzw. der Geschäftsstelle der Gesamtkirchengemeinde.

Die Beschlussfassung über den Kirchengemeindehaushalt obliegt aufgrund der Kirchensteuerordnung (Amtsblatt 1994 S. 420) und der Pfarrgemeinderatssatzung (Amtsblatt 1994 S. 401) dem Pfarrgemeinderat. Dieser hat also das „Budgetrecht“. Dem Pfarrgemeinderat steht ferner die Feststellung der Jahresrechnung zu. Dies schließt das Recht und die Pflicht zur kritischen Prüfung des Haushaltsvollzugs der betreffenden Jahre ein.

In Gesamtkirchengemeinden obliegen die vorstehenden Aufgaben des Pfarrgemeinderates bzw. des Stiftungsrates dem Gesamtstiftungsrat.

Die Beschlüsse über die Feststellung der Haushaltspläne der Katholischen Kirchengemeinden des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006 und 2007 gelten als genehmigt (§ 16 Absatz 1 KiStO), wenn zum Vollzug der Haushaltspläne keine Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock oder Schlüsselzuweisungen für den Schuldendienst benötigt werden. Als genehmigt gelten auch Haushaltspläne, zu deren Vollzug Schlüsselzuweisungen für den Schuldendienst benötigt werden, wenn saldiert kein Zuführungsbedarf zum Verwaltungshaushalt besteht. Dabei muss eine vorgegebene Rücklagenbildung (z. B. aus Mieteinnahmen) berücksichtigt werden. Bei Gesamtkirchengemeinden sind die Voraussetzungen erfüllt, wenn für keine der Einzelkirchengemeinden ein Zuführungsbedarf besteht.

Sofern die genannten Voraussetzungen nicht vorliegen, ist vor der endgültigen Beschlussfassung die Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariates einzuholen.

Der Beschluss über die Feststellung des Haushalts der Kirchengemeinde umfasst den jährlichen Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts (Teil I) und des Investitionshaushalts (Teil II). Dasselbe gilt ggf. auch für den Haushalt der Kindertagesstätte. Die jeweiligen Bruttosummen sind in das Protokoll über den Haushaltsbeschluss (Anlage Nr. 5) zu übernehmen. Zusammen mit dem Haushaltsplan der Kirchengemeinde bzw. der Kindertagesstätte ist auch die Vermögensrechnung als Teil III des Haushaltsplans (vgl. Ziffer 5 dieses Abschnitts) zur Einsichtnahme aufzulegen. Die Vorlage einer beurkundeten Fertigung des Haushaltsplans 2006 und 2007 an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg soll bis 30. Juni 2006 erfolgen.

Für Kindertagesstätten (Kindergärten, Kindertagesheime, Kinderkrippen, Schülerhorte) ist ein eigener Sonderhaushalt als Anlage zum Haushaltsplan der Kirchengemeinde aufzustellen; die Zuschüsse der Kirchengemeinde zum Betrieb der Kindertagesstätten sind im Einzelplan 4 des Kirchengemeindehaushaltes nachzuweisen. Dies gilt auch für die anderen sozial-caritativen Einrichtungen der örtlichen kirchlichen Rechtspersonen (z. B. für die Krankenpflegestationen). Für diese sind ebenfalls eigene Haushaltspläne aufzustellen.

Der Haushaltsplan jeder Kirchengemeinde ist in dreifacher Fertigung herzustellen. Hiervon ist je eine Fertigung für den Stiftungsrat, für das Erzbischöfliche Ordinariat und für die Verrechnungsstelle bzw. für die Geschäftsstelle der Gesamtkirchengemeinde bestimmt.

Die Veranschlagung einer Ausgabe im Haushaltsplan der Kirchengemeinde schafft die haushaltsrechtliche Voraussetzung für die vorgesehene Maßnahme. Der Vollzug setzt, soweit der Stiftungsratsvorsitzende nicht allein handeln darf, einen Beschluss des Stiftungsrates, ggf. auch die Einholung der Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariates, voraus.

Die Zuständigkeit des Stiftungsratsvorsitzenden, des Stiftungsrates und des Erzbischöflichen Ordinariates sind in der Ordnung über die Verwaltung des örtlichen katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg vom 23. Juni 1994 (Amtsblatt 1994 S. 410 ff.), zuletzt geändert durch die „Dritte Verordnung zur Änderung der Kirchlichen Vermögensverwaltungsordnung“ – KVO – (Amtsblatt 2004 S. 373 ff.), geregelt.

Zuschussbedürftige Kirchengemeinden dürfen außerordentliche Anschaffungen und Aufwendungen, die nicht zum laufenden Betrieb gehören, erst vornehmen, wenn der Haushaltsplan genehmigt ist.

Bei Bauvorhaben und Renovierungsmaßnahmen muss der Stiftungsrat dafür sorgen, dass sowohl die für die Kirchengemeinde entstehenden Baukosten als auch die sachlichen und personellen Folgekosten finanziell getragen werden können.

4.2 Kirchengemeinderechnung

Voraussetzung für eine zeitgemäße Verwaltung der örtlichen Finanzen ist die Führung der Kirchengemeinderechnung als zentrale Rechnung der Kirchengemeinde für alle im Haushaltsplan ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben. Alle Einnahmequellen müssen für die zentrale Rechnung aktiviert werden. Zweckgebundene Spenden sind in der Kirchengemeinderechnung zu vereinnahmen und, sofern sie nicht verbraucht sind, nach Ablauf des Haushaltszeitraumes den zweckgebundenen Rücklagen zuzuführen.

Für die Pfarramtsrechnung gelten die im Amtsblatt 1992 S. 311 veröffentlichten Grundsätze zur örtlichen Rechnungsführung. Hinsichtlich der örtlichen Rechnungsführung in Tageseinrichtungen für Kinder verweisen wir auf die im Amtsblatt 1995 S. 233 veröffentlichten Grundsätze, geändert durch Art. 9 der Euroanpassungsverordnung I (Amtsblatt 2001 S. 97).

Wir empfehlen dringend, Spenden, Betriebsmittel und Rücklagen beim Kath. Darlehensfonds anzulegen. Nur ein solches solidarisches Verhalten aller Kirchengemeinden setzt den Kath. Darlehensfonds in den Stand, auch weiterhin zinsgünstige Darlehen gewähren zu können. Dadurch kann die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen mit dem damit verbundenen Abfluss der Zinsbeträge vermieden werden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 sind die Konditionen des Kath. Darlehensfonds verändert. Der Zinssatz für Einlagen beträgt ab dem 1. Januar 2006 4 %. Für gewährte Darlehen wird der Zinssatz ab dem 1. Januar 2006 auf 5 % (bisher 5,5 %) festgelegt. Gleichzeitig wird die Tilgung auf anfänglich 4 % (bisher 4,5 %) zuzüglich ersparter Zinsen festgesetzt. Dieses Konditionen finden ab dem

1. Januar 2006 auch auf die bestehenden Darlehensverträge Anwendung. Es wird im Übrigen auf die Veröffentlichung im Amtsblatt 2005 S. 225 verwiesen.

4.3 Verfahren bei der Aufstellung und der Verabschiedung der Haushalte in Gesamtkirchengemeinden

Für die Aufstellung von Haushaltsplänen werden nach § 20 Absatz 3 der Kirchensteuerordnung die dem Pfarrgemeinde- und dem Stiftungsrat zustehenden Befugnisse in einer Gesamtkirchengemeinde vom jeweiligen Gesamtstiftungsrat wahrgenommen. Dies gilt somit auch für die Zuständigkeit des Pfarrgemeinderates, gemäß § 14 Absatz 2 der Kirchensteuerordnung über den Haushalt der Gesamtkirchengemeinde zu beschließen.

Die jeweiligen Satzungen der Gesamtkirchengemeinden regeln dementsprechend regelmäßig, dass die Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Gesamtkirchengemeinde dem Gesamtstiftungsrat obliegt.

Gleichzeitig muss aber eine Beteiligung der Einzelkirchengemeinden sichergestellt werden, da hier praktisch über die Verwendung des größten Teils der einer Gesamtkirchengemeinde zustehenden Finanzmittel entschieden wird.

Auch für die Haushaltsperiode 2006/07 bitten wir deshalb im Sinne der nachfolgend dargestellten Grundsätze zu verfahren. Grundlage dieser Regelung ist, dass nach den geltenden Vorschriften das eigentliche Etatrecht einer Gesamtkirchengemeinde dem Gesamtstiftungsrat zusteht; Kompetenzen der Einzelkirchengemeinden können damit nur im Rahmen dieser Grundzuständigkeit bestehen:

- a) Zur Vorbereitung der jeweiligen Haushaltsberatungen ist von dem zuständigen Gremium der Gesamtkirchengemeinde (Gesamtstiftungsrat oder Verwaltungsausschuss) festzulegen, welche Einnahmen und Ausgaben der Einzelkirchengemeinden im Haushalt der Gesamtkirchengemeinde oder in den Haushalten der Einzelkirchengemeinden zu veranschlagen sind. Dies hängt unter anderem davon ab, ob in der betreffenden Gesamtkirchengemeinde bestimmte Aufgaben, die sonst von Einzelkirchengemeinden wahrgenommen werden, zentral ausgeführt werden. Ist dies der Fall, so müssen dafür erforderliche Haushaltsmittel auch im Haushalt der Gesamtkirchengemeinde selbst veranschlagt werden.
- b) Vom zuständigen Gremium der Gesamtkirchengemeinde ist sodann zu entscheiden, welche Anteile an den Kirchensteuermitteln der Gesamtkirchengemeinde an die Einzelkirchengemeinden weitergeleitet werden.
- c) Die Einzelkirchengemeinden sind aufzufordern, bis zu einem bestimmten Stichtag bei der Gesamtkirchen-

gemeinde Vorentwürfe ihrer Haushalte einzureichen. Die Grundlage hierfür wird von der Geschäftsstelle erarbeitet.

- d) Der Gesamtkirchengemeinde obliegt danach die Prüfung, ob sie diese Entwürfe akzeptiert, ob sie Kürzungen verlangt oder ob sie ggf. über die ursprünglich in Aussicht gestellten Kirchensteuerbeträge hinaus weitere Zuwendungen zur Verfügung stellt.
- e) Den Einzelkirchengemeinden ist sodann eine weitere Frist zu setzen, innerhalb derer sie über den endgültigen Entwurf ihres Haushaltes zur Vorlage an die Gesamtkirchengemeinde zu beschließen haben. Wenn der Vorentwurf der von der Geschäftsstelle erarbeiteten Fassung entspricht, erfolgt die Beschlussfassung bereits im Rahmen des unter Buchstabe c) beschriebenen Verfahrens und schließt dieses ab.
- f) Rechtsverbindlich werden diese Beschlüsse der Einzelkirchengemeinden erst dann, wenn die Haushalte der Einzelkirchengemeinden von der Gesamtkirchengemeinde als Anlage in den Haushalt der Gesamtkirchengemeinde aufgenommen und mit diesem verabschiedet werden. Solange dies nicht geschehen ist, hat das zuständige Gremium der Gesamtkirchengemeinde auch das Recht, einen Haushaltsbeschluss der einzelnen Kirchengemeinde zurückzuweisen und Änderungen bzw. Ergänzungen zu verlangen.
- g) Dem Erzbischöflichen Ordinariat ist sodann der Haushalt der Gesamtkirchengemeinde mit allen Haushalten der Einzelkirchengemeinden zur Genehmigung zuzuleiten.
- h) Die Verpflichtung zur öffentlichen Bekanntmachung des Haushaltsplans (§ 17 KiStO) wird durch Auflegung des Haushaltsplans der Gesamtkirchengemeinde erfüllt. Hierbei muss der gesamte Haushalt der Gesamtkirchengemeinde einschließlich der Haushalte aller Einzelkirchengemeinden zugänglich gemacht werden. Unabhängig hiervon kann in der jeweiligen Einzelkirchengemeinde deren Haushalt in entsprechender Anwendung von § 17 der Kirchensteuerordnung ebenfalls aufgelegt werden.

4.4 Berechnungsgrundlagen für die Schlüsselzuweisungen

Die für die Haushaltspläne erforderlichen Daten (Punkte Mitteilung) werden in je zweifacher Ausfertigung erstellt und wie folgt übersandt:

- a) Für die einer Verrechnungsstelle angeschlossenen Kirchengemeinden je eine Fertigung dem Stiftungsrat und der zuständigen Verrechnungsstelle,

- b) in Gesamtkirchengemeinden ein Gesamtverzeichnis an deren Geschäftsstelle und die jeweilige Punkte-mitteilung an die Stiftungsräte der angeschlossenen Einzelkirchengemeinden,
- c) für die keiner Verrechnungsstelle angeschlossenen Kirchengemeinden beide Fertigungen den zuständigen Stiftungsräten.

4.5 Haushaltsplangestaltung

Der Haushaltsplan ist nach dem geltenden Haushalts-schemata aufzustellen.

Danach ist die Aufteilung in einen Verwaltungshaushalt und in einen Investitionshaushalt vorgesehen. Dazu kommt eine gesondert dargestellte Vermögensrechnung. Besonderheiten (z. B. erheblichen Abweichungen vom letzten Haushaltsplan, größere Investitionen) sind im Verwaltungshaushalt bzw. im Investitionshaushalt zu erläutern.

Zum Haushaltszeitraum 2006/07 wurde der für die Haushaltsplanung und die Rechnungsführung verbindliche Kontenrahmen überarbeitet. Ergebnis ist ein deutlich reduzierter Kontenrahmen mit neuen Schwerpunktsetzungen. Leitlinie für die Überarbeitung war zum einen, eine bessere Lesbarkeit zu erreichen. Zum anderen wurde dort eine zusätzliche Differenzierung vorgenommen, wo auf Zukunft hin mit erhöhtem Auswertungsbedarf im Blick auf weitere Kosteneinsparungen (z. B. Energie) zu rechnen ist.

Im Einzelnen ist das Haushaltsschema wie folgt gestaltet:

Während der Verwaltungshaushalt (Teil I) und der Investitionshaushalt (Teil II) in ihren Gliederungen und Gruppierungen zusammengefasst die geplanten und zu beschließenden Einnahmen und Ausgaben enthalten, werden in der Vermögensrechnung (Teil III) zunächst die Kassenbestände und die Rücklagen aus den Vorjahren sowie die zu Beginn des Haushaltszeitraumes valuierten Darlehen ausgewiesen. In der Vermögensrechnung wird sodann die Verwendung der Geldbestände und der Rücklagen sowie ggf. deren Aufstockung und Zweckbindung mit den sich ergebenden Endbeständen dargestellt. Auch bei den Darlehen wird die Entwicklung des Anfangsbestandes aufgrund der veranschlagten Tilgungsleistungen bis zum valuierten Stand zum Rechnungsabschluss ausgewiesen.

Die Darstellung der Ansätze in den Teilen I und II lässt in ihrer jeweiligen Zusammenfassung erkennen, ob und in welchem Umfang der laufende Haushalt mit den Einnahmen des zweijährigen Zeitraumes ausgeglichen werden kann. Daneben ist gegebenenfalls eine notwendige Inanspruchnahme von zusätzlichen, in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Finanzierungsmitteln der Kirchengemeinde ersichtlich.

Der Haushaltsplan bedarf zur Vollständigkeit folgender Anlagen:

- 1) Erfassung der Katholikenzahl, Gebäude und Einrichtungen mit Berechnung der Schlüsselzuweisungen (Punkte-mitteilung).
- 2) Feststellung des Rechnungsergebnisses vom vorangehenden Haushaltszeitraum.
- 3) – Darstellung der Kapitalvermögen und Rücklagen zu Beginn des laufenden Haushaltszeitraumes (mit deren Zweckbindung und Anlageform).
– Darstellung der Schulden (Darlehen und Kassenkredite).
- 4) – Übersicht über die Stellenbesetzung mit Mitarbeitern, die gemäß AVVO eingruppiert sind.
– Übersicht über die Stellenbesetzung mit Mitarbeitern, die pauschal vergütet werden.
- 5) Bestätigung des Haushaltsbeschlusses durch den Pfarrgemeinderat (Öffentliche Bekanntmachung).

4.6 Allgemeine Hinweise für den Haushaltsplan

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2005, Az. VIII-73.31-48515, sind wir auf Einzelfragen hinsichtlich der Haushalte 2006/07 eingegangen und haben generell zu den finanziellen Rahmenbedingungen für den Haushaltszeitraum 2006/07 Stellung genommen. Wir verzichten auf eine Wiederholung dieser Aussagen und verweisen auf das vorstehend genannte Schreiben.

Pfarrer und Stiftungsrat sind verantwortlich für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung der Haushaltsmittel. Grundlage ist der genehmigte Haushaltsplan. Die Anordnung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben bedarf gemäß § 13 Absatz 2 der Ordnung über die Verwaltung des Katholischen Kirchenvermögens (vgl. Amtsblatt 1994 S. 410), zuletzt geändert durch die „Dritte Verordnung zur Änderung der Kirchlichen Vermögensverwaltungsordnung“ – KVO – (Amtsblatt 2004 S. 474 ff.), der vorherigen Zustimmung des Stiftungsrates, wenn der Betrag je Einzelfall 2.500,00 € übersteigt.

Bei den Personalkosten kann analog dem Bistumshaushalt für zu erwartende Gehaltssteigerungen für das Jahr 2006 ausgehend vom Rechnungsergebnis 2005 eine Fortschreibung in Höhe von 1 v. H. veranschlagt werden. Der Ansatz für 2007 wird durch Fortschreibung des Rechnungsergebnisses 2005 um 2 v. H. errechnet. In Haushaltsplänen, die nach der Veröffentlichung neuer Vergütungstabellen aufgestellt werden, können die tatsächlichen Steigerungsraten zugrunde gelegt werden.

4.7 Vorlage der Haushaltspläne an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg

Die Aufstellung des Haushaltsplans ist alsbald vorzunehmen. Haushalte, die trotz sparsamer Veranschlagung und Ausschöpfung aller eigenen Einnahmequellen nicht ausgeglichen werden können, sind vor der Beschlussfassung im Entwurf dem Erzbischöflichen Ordinariat vorzulegen und in den wesentlichen Punkten (z. B. bei erheblichen Abweichungen vom letzten Haushaltsplan) direkt im Haushaltsplan (bei der entsprechenden Haushaltsstelle bzw. bei der entsprechenden Gliederung) zu erläutern. Der Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans (Haushaltsbeschluss) durch den Pfarrgemeinderat bzw. den Gesamtstiftungsrat ist zurückzustellen, bis das Erzbischöfliche Ordinariat den Haushaltsplanentwurf überprüft und sich zur Frage, wie der betreffende Haushaltsplan ausgeglichen werden kann, geäußert hat. Eine Zuschussbewilligung wird von der Vorlage und Überprüfung der abgeschlossenen Haushaltsrechnung der beiden Vorjahre abhängig gemacht (vgl. Ziffer 3.2 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung 2006 und 2007).

Besetzung / Genehmigung von Stellen

Die nachfolgenden Ausführungen regeln das Verfahren der Stellenbesetzung und der Genehmigung der Stellenbesetzung bei Anstellungsträgerschaft der Kirchengemeinde. Für Kindergärten, Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen, Kinderkrippen und Schülerhorte gelten gesonderte Richtlinien (vgl. Stellengenehmigungsrichtlinien, Amtsblatt 2004 S. 239 ff.). Bei nebenberuflichen Kirchenmusikern wird der Arbeitsvertrag dem Amt für Kirchenmusik vorgelegt.

Grundsätzlich gilt:

Der Stiftungsrat entscheidet über die Anstellung von Personal sowie den Beschäftigungsumfang. Dabei sind staatliche sowie kirchliche Bestimmungen zu beachten.

Die nachfolgenden Aussagen zur Stellengenehmigung beziehen sich lediglich auf die Stellenbewirtschaftung. Eine Genehmigungspflicht im Hinblick auf arbeitsrechtliche Fragen wird hierdurch nicht berührt.

Der Stiftungsrat prüft vor jeder Entscheidung über die Wiederbesetzung, die Aufstockung oder die Neuschaffung einer Stelle sorgfältig, ob die sachliche Notwendigkeit besteht und vor allem, ob die Personalkosten auch bei einer längerfristigen Betrachtung für die Kirchengemeinde finanzierbar sind.

Eine hiernach getroffene Entscheidung des Stiftungsrates gilt als genehmigt bei der Wiederbesetzung einer Stelle, wenn die Kirchengemeinde keine Ausgleichsstockmittel zum Ausgleich des Haushaltsplans benötigt.

Genehmigungspflichtig ist jede Entscheidung des Stiftungsrates (Wiederbesetzung, Erhöhung Stundenumfang, Neuschaffung), wenn die Kirchengemeinde Ausgleichsstockmittel zum Ausgleich des Haushaltsplans benötigt. Eine Wiederbesetzung liegt auch vor, wenn der bisherige Stundenumfang unterschritten ist.

Genehmigungspflichtig ist auch – unabhängig von der Haushaltssituation – die Entscheidung des Stiftungsrates über eine Erhöhung des Stundenumfanges oder die Neuschaffung einer Stelle.

Die Stellengenehmigung ist vor Erteilung einer Zusage bei der Haushaltsabteilung des Erzbischöflichen Ordinariates zu beantragen.

5. Richtlinien zur Bemessung der Haushaltsplanansätze

1. Vorbemerkungen

- a) Die Katholikenzahlen sind der Mitteilung über die Schlüsselzuweisungen zu entnehmen. Hierbei werden nur die Katholiken mit dem 1. Wohnsitz in der Kirchengemeinde berücksichtigt.
- b) Die Ansprüche der Kirchengemeinden auf Schlüsselzuweisungen werden aufgrund der erhobenen Daten und der gemeldeten Einrichtungen berechnet. Die Zusammenstellung der Haupt- und Nebenansätze (Punkteinformation, Anlage Nr. 1) ist jeweils vom Stiftungsrat auf ihre Vollständigkeit und Gültigkeit hin zu überprüfen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die ergänzenden Erläuterungen in unserem Schreiben vom 19. Dezember 2005, Az. VIII-73.31-48515. Die Baupflichten zu den einzelnen Gebäuden sind in die Vorbemerkungen aufzunehmen. Für die in der „Übersicht über die Stellenbesetzung“ (Anlage Nr. 4) aufzuführenden Beschäftigten sind folgende Daten aufzunehmen:

Haushaltsstelle, Tätigkeit (z. B. Pfarrsekretärin, Mesner), Vergütungsgruppe/Pauschale, Beschäftigungsumfang, Beschäftigung im Haushaltszeitraum von bis, Personalkosten nach Jahren getrennt.

Falls eine Stelle noch nicht genehmigt wurde, ist dies zu vermerken und anzugeben, ab wann die Stelle geschaffen werden soll.

Wegen der vertraglichen Regelungen bei der Einstellung von kirchlichen Mitarbeitern verweisen wir auf die für den kirchlichen Dienst geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen:

Arbeitsvertrags- und Vergütungsordnung für den kirchlichen Dienst in der Erzdiözese Freiburg – AVVO –

in der Fassung vom 11. Dezember 1996 (Amtsblatt 1997 S. 1 ff.) zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 2005 (Amtsblatt 2005 S. 228).

- c) Alle Vermögensbestände und Schulden sind nach dem Stand des Rechnungsabschlusses 2004 und 2005 in der Vermögensrechnung (Teil III) anzugeben.

Überschüsse aus Vorjahren können einer Rücklage zugeführt werden. Bei Kirchengemeinden, die zum Vollzug des Haushaltsplanes Zuwendungen aus dem Ausgleichstock benötigen, bedarf die Bildung und Zweckbindung von Rücklagen der Zustimmung des Erzbischöflichen Ordinariates. Hierüber wird im Rahmen der Haushaltsplanbearbeitung eine Entscheidung getroffen.

Allgemeine Rücklagen dienen dem Zweck, Fehlbeiträge künftiger Haushaltsjahre abzudecken, bzw. zur Finanzierung außerordentlicher Maßnahmen im laufenden Haushalt beizutragen. Zweckgebundene Rücklagen/Sonderrücklagen dienen der vom Pfarrgemeinderat verfügten Bestimmung. Bei der Zweckbindung von Rücklagen ist zu berücksichtigen, dass sich der Ausgleich zukünftiger Haushaltspläne voraussichtlich zunehmend schwieriger gestalten wird. Auf die Bildung einer allgemeinen Rücklage ist deswegen besonders zu achten.

2. Darstellung der Einnahmen und Ausgaben

HHGl. 0170, 1500, 1861, 2160, 4460 und 5319 Versicherungen

Wegen der Übersicht über die vorhandenen Sammel-Versicherungsverträge und Erläuterungen zu den einzelnen Versicherungen verweisen wir auf die umfassende Broschüre, die das Erzbischöfliche Ordinariat in Zusammenarbeit mit dem Versicherungsbüro Ruby/Löffler herausgegeben und den Kirchengemeinden hat zukommen lassen. Wir verweisen hierzu auch auf die Mitteilung im Amtsblatt 2001 S. 130.

HHGl. 0170, 1500, 1861, 2160, 4460 und 5319 Bauaufwand / Anschaffungen

Unter dem laufenden Bauaufwand der jeweiligen Haushaltsstelle sind im Verwaltungshaushalt (Teil I) bei der Gruppierungsziffer 6110 zu veranschlagen alle Baumaßnahmen für Pfarrhäuser, Pfarrkirchen, Filialkirchen und Kapellen einschließlich der Kosten für die Inneneinrichtung (Altäre, Kanzel, Orgel, Glocken, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen usw.), Gemeindehäuser, Jugendheime und sonstige Gebäude, zu denen der örtliche Fonds oder die Kirchengemeinde baupflichtig ist und deren Kosten jeweils 2.500,00 € nicht überschreiten.

Anschaffungen bis zu jeweils 2.500,00 € sind unter Angabe des jeweiligen Verwendungszweckes bei den Einzelplänen des Verwaltungshaushaltes (Teil I) unter Gruppierungsziffer 6420 zu veranschlagen.

Die Finanzierung von Bauvorhaben und Anschaffungen mit einem Aufwand von jeweils über 2.500,00 € ist im Investitionshaushalt (Teil II) unter den einzelnen Gliederungen 0170 bis 5349 unter Angabe der jeweiligen Gesamtkosten sowie der hierzu vorgesehenen Deckungsmittel (eigene Finanzierung) unter der Haushaltsstelle für das jeweilige Gebäude darzustellen. Wir weisen darauf hin, dass für Anschaffungen und Baumaßnahmen im Rahmen der Ordnung über die Verwaltung des Kath. Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg vom 23. Juni 1994 (Amtsblatt S. 410), zuletzt geändert durch die „Dritte Verordnung zur Änderung der Kirchlichen Vermögensverwaltungsordnung“ – KVO – (Amtsblatt 2004 S. 373 ff.), und zur Aufnahme von Darlehen jeweils die Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariates einzuholen ist (vgl. hierzu Erlass vom 19. Februar 1990 zum grundsätzlichen Genehmigungsverfahren von Bauvorhaben, Amtsblatt 1990 S. 343). Wegen der Regelungen zur „Kostenkontrolle im Bauwesen“ verweisen wir auf die Veröffentlichung im Amtsblatt 1997 S. 192.

Zum 1. Januar 2002 ist das „Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe“ in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz sind Kirchengemeinden als Auftraggeber einer Bauleistung grundsätzlich verpflichtet, 15 v. H. von der Gegenleistung (d. h. in der Regel von der Zahlung an den Bauunternehmer einschließlich der Umsatzsteuer) abzuziehen und an das zuständige Finanzamt abzuführen. Zur näheren Information wird auf die Veröffentlichung im Amtsblatt 2001 S. 141 f. verwiesen.

Energiesparen in kirchlichen Gebäuden

Mit dem Projekt „Energiesparen in der Kirche“ unterstützt die Erzdiözese unterschiedliche Maßnahmen von Kirchengemeinden, die zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs führen. Konkret werden Heizungserneuerungen, Wärmedämmmaßnahmen aufgrund eines vorliegenden Energiegutachtens, das Energiegutachten selbst und Photovoltaikanlagen mit einem gegenüber „sonstigen Baumaßnahmen“ erhöhten Ausgleichstockzuschuss gefördert.

Mit der Einrichtung einer projektbezogenen Personalstelle im Ordinariat ab März 2006 wird eine Beratungs- und Koordinationsstelle geschaffen, die den Kirchengemeinden Unterstützung bietet, das Thema „Energie“ vor Ort konkret ganzheitlich (Einsparungen durch Verhaltensänderung, Einsparungen durch kleinere Maßnahmen, Einsparungen durch bauliche Veränderungen usw.) angehen zu können. Abt. X im Erzbischöflichen Ordinariat informiert die Kirchengemeinden hierüber mit gesonder-

tem Schreiben. Zusätzlich wird auf die Internetseite www.erzbistum-freiburg.de/umwelt verwiesen.

HHSt. 0170.1260

Rückersatz für Schönheits- und Kleinreparaturen

Von Priestern, denen ein Pfarrhaus oder eine sonstige Dienstwohnung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, wird ein monatlicher Kostenersatz für Schönheits- und Kleinreparaturen erhoben. Der Kostenersatz für Schönheitsreparaturen beträgt 0,55 €/qm, die Pauschale für Kleinreparaturen 8,00 €/Monat (Art. 7 der Euroanpassungsverordnung II, Amtsblatt 2001 S. 176).

Der Gesamtbetrag, der sich zum Jahresende ergibt, wird auf pauschaler Basis an die anspruchsberechtigten Kirchengemeinden verteilt.

Der Erstattungsbetrag ist zweckgebunden für Schönheitsreparaturen und kleinere Instandsetzungen an Pfarrhäusern zu verwenden. Soweit eine zweckentsprechende Verwendung im laufenden Haushaltszeitraum nicht erfolgt, sind die Einnahmen zweckgebunden der Rücklage zuzuführen.

Im Haushaltsplan 2006/07 können jeweils 650,00 €/Jahr als Einnahme veranschlagt werden.

HHSt. 0170.1300

Vergabe und Vermietung von Pfarrhäusern

Bei der Vergabe und Vermietung von Pfarrhäusern gilt der Erlass des Erzbischöflichen Ordinariates vom 12. Januar 1995, Nr. VIII-1191.

HHSt. 0170.1314

Erstattung von Heizkosten für die Pfarrwohnung bzw. für vermietete Wohnungen im Pfarrhaus

Der Rückersatz der Heizkosten an die Kirchengemeinde soll nicht auf pauschaler Basis, sondern entsprechend dem tatsächlichen Verbrauch festgesetzt werden. Wegen weiter gehender Ausführungen verweisen wir auf den Erlass Nr. 106 im Amtsblatt 1999 S. 116 f.

Soweit die Kosten für Heizung und Aufbereitung des Warmwassers pauschal abgerechnet werden, gelten die Regelungen, die das Land Baden-Württemberg für Mietwohnungen in Kraft gesetzt hat, entsprechend. Danach sind für die Heizperiode 2005/06 folgende Beträge festgesetzt:

- a) Für Wohnungen, die an eine Ölheizung angeschlossen sind 9,80 €
je qm Wohnfläche und Jahr.

- b) Für Wohnungen, die mit Gas oder Fernwärme beheizt werden, gilt der jeweilige Gasbezugs- oder Fernwärmepreis auf der Grundlage einer Verbrauchsmenge von 234 kWh je qm Wohnfläche und Jahr bei Gas und von 190 kWh je qm Wohnfläche und Jahr bei Fernheizung.

Obige Werte für die Heizperiode 2005/06 bilden die Grundlage für die Haushaltsansätze 2006/07.

Für die Erwärmung des Wassers beträgt der Kostenersatz entsprechend den Landesdienstwohnungsvorschriften vom 5. Oktober 1992 22 % des jährlichen privaten Heizkostenbeitrags (vgl. Bekanntmachung vom 9. Februar 1993, Amtsblatt 1993 S. 63).

Die für den einzelnen Priester ermittelte Größe der Pfarrwohnung wird vom Erzbischöflichen Ordinariat den Kirchengemeinden bzw. Verrechnungsstellen für Katholische Kirchengemeinden zur Erhebung des Kostenersatzes für Heizung und Warmwasserversorgung mitgeteilt.

Durch vorstehend genannte Pauschalbeträge für Heizung und Aufbereitung des warmen Wassers sind auch die Nebenkosten des Heizungsbetriebs (Wartung, Immissionsmessung, Schornsteinreinigung) abgegolten. Soweit im Pfarrhaus ein Vikar untergebracht ist, hat der Priester zusätzlich zu seinen Aufwendungen die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung für die Wohnung des Vikars entsprechend obiger Regelungen der Kirchengemeinde zu ersetzen. Vorstehende Regelungen gelten für Ordensgeistliche entsprechend.

Die insgesamt anfallenden Kosten der Pfarrhausheizung sind unter HHSt. 0170.6224 zu veranschlagen.

HHSt. 0170.1316

Telefonersatz

Alle kirchlichen Mitarbeiter (Geistliche und Laien), die ein Diensttelefon auch für Privatgespräche nutzen können, sind verpflichtet, für Grundgebühren und Gesprächseinheiten Kostenersatz an die Kirchengemeinde zu leisten.

In der Haushaltsperiode 2006/07 gelten folgende pauschale Mindestbeträge:

| | |
|--------------|-------------------|
| Ledige | monatlich 15,00 € |
| Verheiratete | monatlich 30,00 € |

Diese Sätze gelten für alle kirchlichen Mitarbeiter und für alle Geistlichen, denen ein dienstlicher Telefonanschluss für Privatgespräche zur Verfügung steht.

Die vorstehenden Beträge sind Mindestbeträge. Fallen höhere Kosten für die Privatnutzung an, sind die tatsächlichen Kosten zu ermitteln und zu ersetzen.

Es besteht auch die Möglichkeit, sich auf eigene Kosten einen Privatanschluss mit einem eigenen Telefonapparat in der Wohnung einrichten zu lassen oder sich ein privates Handy anzuschaffen. Nur in diesen Fällen kann der Ansatz der genannten Beträge entfallen. Die private Nutzung des Dienstanschlusses muss dann allerdings unterbleiben.

*HHSt. 0170.6221, .6222, .6223, .6255, .4235, .4236
Kosten des Pfarrhauses*

Soweit keine getrennte Abrechnung erfolgt, gehen die Kosten für Beleuchtung und Reinigung der Diensträume im Pfarrhaus sowie Wasser-, Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren für das Pfarrhaus zunächst zulasten des Pfarrers. Die anteiligen Kosten (Sach- und Personalkosten) für den dienstlichen Bereich werden auf Nachweis und nach Bestätigung durch den Stiftungsrat von der Kirchengemeinde übernommen. Wenn sich im Pfarrhaus noch Gemeinde- bzw. Jugendräume befinden, können die Raumkosten angemessen (z. B. nach Nutzfläche) aufgeteilt und – soweit sie auf die Gemeinde- bzw. Jugendräume entfallen – im Kirchengemeindehaushalt (2160) veranschlagt werden.

*HHSt. 1700.5200
Pfarrgemeinderat*

Unter 1700.5200 ist der Aufwand für den Pfarrgemeinderat aufzunehmen (unter dieser HHSt. mit der Bezeichnung „Allgemeine Ausgaben der Seelsorge“ werden auch die Ausgaben für ehrenamtliche Arbeit insgesamt, Aufwand für Schriftenstand, Aufwand für Veranstaltungen usw. veranschlagt). Als jährliche Ausgaben können angesetzt werden:

In Kirchengemeinden höchstens

| | |
|--------------------------------|------------|
| bis zu 1.000 Katholiken | 450,00 € |
| mit 1.001 bis 3.000 Katholiken | 850,00 € |
| mit über 3.000 Katholiken | 1.250,00 € |

Die vorstehenden Beträge umfassen auch den Auslagenersatz an die Mitglieder des Pfarrgemeinderates. Wir weisen in diesem Zusammenhang auch auf die einschlägige Passage innerhalb der „Rahmenrichtlinien für ehrenamtliche Dienste im Erzbistum Freiburg“ (Amtsblatt 1995 S. 61 f.). Nach Ziffer 5 der Richtlinien werden Auslagen für Tätigkeiten im Auftrag der Kirchengemeinde (z. B. Fahrtkosten, Telefongebühren, Arbeitsmaterialien, Porti) erstattet. Dies gilt entsprechend auch für Kosten von Fortbildungsveranstaltungen, die mit Zustimmung des Stiftungsrates besucht werden. Der geleistete Zeitaufwand bzw. ein eventuell entstehender Verdienstaufschlag werden dagegen nicht vergütet.

HHSt. 1700.5210

Fahrtkosten

Aufgrund der reisekostenrechtlichen und steuerlichen Bestimmungen gilt für die über die Kirchengemeinde abzurechnende Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten Folgendes:

- a) Wegstreckenentschädigung der Geistlichen:
Sie beträgt bei Benutzung eines privateigenen Kraftfahrzeugs 0,30 € (Art. 3 der Euroanpassungsverordnung II, Amtsblatt 2001 S. 176).
 - b) Die Erstattung von Reisekosten für Dienstfahrten der hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter (Laien) ist in der Reisekostenordnung für den kirchlichen Dienst in der Erzdiözese Freiburg vom 15. August 1984 (Amtsblatt S. 297), zuletzt geändert durch Art. 2 der Euroanpassungsverordnung II, Amtsblatt 2001 S. 176, geregelt.
 - c) Für Fahrten von ehrenamtlich tätigen Laien, die im Auftrag und Interesse der Kirchengemeinde ausgeführt werden, können 0,30 € je Kilometer als Fahrtkostenersatz erstattet werden (grundsätzliche Regelung im Amtsblatt 1992, S. 467).
 - d) Nach § 18 Landesreisekostengesetz Baden-Württemberg kann bei regelmäßigen oder gleichartigen Dienstreisen anstelle einer Reisekosten-Einzelvergütung eine Pauschvergütung gewährt werden, die nach dem Durchschnitt der in einem bestimmten Zeitraum sonst anfallenden Einzelvergütungen zu bemessen ist. Die Festsetzung einer Monatspauschvergütung setzt voraus, dass die Höhe der Pauschvergütung über einen Zeitraum von sechs Monaten durch exakte Führung eines Fahrtenbuches ermittelt wird. Pauschvergütungen werden grundsätzlich nachträglich gewährt, da das Landesreisekostengesetz nur die Erstattung entstandener Auslagen regelt; dieser Grundsatz führt auch dazu, dass für die Urlaubs- und Krankheitstage die Monatspauschvergütung entfällt oder anteilig zu kürzen ist. Pauschvergütungen sind in regelmäßigen Abständen, längstens aber nach 3 Jahren, darauf zu überprüfen, ob hinsichtlich der Voraussetzungen wesentliche Änderungen eingetreten sind, die zu einer Neufestsetzung oder zum Wegfall der Pauschvergütungen führen. Hierzu bedarf es einer schriftlichen Erklärung des Pfarrers/Mitarbeiters.
- Die Anweisung einer Pauschvergütung ohne die vorherige Vorlage eines Fahrtenbuches ist nicht gestattet.
- e) Für Dienstfahrten vom ersten Dienort in die anderen Pfarreien in der Seelsorgeeinheit und bei Tätigkeit auf Dekanats-ebene wird aufgrund individueller Berechnung ein pauschaler Reisekostenersatz aus der Bis-

tumskasse gewährt (Amtsblatt 1990, S. 410). Fahrtkosten für Fahrten innerhalb des ersten Dienstortes bzw. für Fahrten im Auftrag einer oder aller Kirchengemeinden der Seelsorgeeinheit an auswärtige Ziele sind zu deren jeweiliger Lasten nach den allgemeinen Regelungen abzurechnen. Im Fahrtenbuch müssen die Dienstfahrten für jede Pfarrei getrennt unter Angabe des Zwecks der Dienstfahrt und des Tachometerstandes eingetragen sein.

- f) Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind keine Dienstreisen. Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden daher nicht ersetzt; sie können als Werbungskosten im Rahmen der in § 9 Absatz 1 Nr. 4 EStG festgesetzten Pauschbeträge steuerlich berücksichtigt werden.

HHSt. 1700.5581

Katholische öffentliche Bücherei

Kirchengemeinden, in denen Katholische öffentliche Büchereien unterhalten werden, können hier die notwendige finanzielle Ausstattung dieser Einrichtung veranschlagen. Über die Höhe des Ansatzes befindet der Stiftungsrat nach den örtlichen Bedürfnissen im Rahmen der laufenden Haushaltsmittel.

HHGl. 1861

Kirchenmusik

Für die Kirchenmusiker gilt die Dienst- und Vergütungsordnung der Erzdiözese Freiburg vom 14. Juli 1992 (Amtsblatt S. 401), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 2003 (Amtsblatt 2003 S. 208).

Fahrtkosten der Kirchenmusiker

Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind keine Dienstreisen. Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden daher nicht ersetzt. In begründeten Ausnahmefällen kann einem nebenberuflichen oder freiberuflichen Kirchenmusiker (Organisten und/oder Chorleiter) ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden, wenn die Entfernung zwischen Wohnung und Kirche bzw. Proberaum mehr als 5 km beträgt. Die Höhe des Zuschusses wird auf die Kosten eines öffentlichen Verkehrsmittels der zweiten Wagenklasse begrenzt. Wird anstelle eines öffentlichen Verkehrsmittels ein eigenes Kraftfahrzeug benutzt, so kann der Berechnung des Zuschusses der Pauschbetrag nach § 9 Absatz 1 Nr. 4 EStG (0,30 € je Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) zugrunde gelegt werden. In beiden Fällen (öffentliches Verkehrsmittel/privates Kfz) ist der Zuschuss auf maximal 11,00 € je Dienst begrenzt.

Bei nebenberuflichen (nichtselbstständigen) Kirchenmusikern ist der Fahrtkostenzuschuss durch den Arbeitgeber mit den Bezügen oder gemäß § 40 Absatz 2 EStG pauschal zu versteuern. Die Zuschüsse zu den Kosten für öffentliche Verkehrsmittel sind gemäß § 3 Ziffer 34 EStG steuerfrei. Freiberufliche Kirchenmusiker sind für die Besteuerung des Fahrtkostenzuschusses in jedem Fall selbst verantwortlich.

Kirchenchor

Als Zuweisung an den Kirchenchor, über die der Stiftungsrat entscheidet, sind 15,50 € je Chormitglied und Jahr angemessen.

Zusätzlich ist ein Betrag i. H. v. 10,50 € je Chormitglied und Jahr für die Beschaffung von Notenmaterial vertretbar.

HHSt. 4200.0351

Beiträge des Fördervereins

Die Notwendigkeit von Fördervereinen ist nach wie vor gegeben. Wir bitten allerdings, die vorliegenden Satzungen zu überprüfen. Eine Einschränkung des Förderzwecks auf die Sozialstation ist abzuändern. Wir verweisen im Übrigen auf die im Amtsblatt 1996 S. 497 ff. veröffentlichte „Mustersatzung für einen örtlichen caritativen Förderverein“.

Umlagen und Betriebskostendefizite für die sozialen Einrichtungen dürfen einen zuschussbedürftigen Kirchengemeindehaushalt nicht über die spezielle Schlüsselzuweisung hinaus belasten. Zuwendungen aus dem Ausgleichstock werden zur Deckung von Fehlbeträgen in aller Regel nicht gewährt. Es muss daher erreicht werden, dass für die Restfinanzierung der Umlage an die Sozialstation ein angemessenes Beitragsaufkommen aus dem Förderverein zugunsten der Kirchengemeinde bereitgestellt werden kann. Die Kirchengemeinden sind nach den Satzungen der Sozialstationen deren Mitglieder und als solche zur Zahlung der Umlagen verpflichtet. Das von den Fördervereinen aufgebrauchte Beitragsaufkommen soll daher, soweit zur Zahlung der Umlage erforderlich, über die Kirchengemeinderechnung an die Sozialstation abgeführt werden.

Zur Möglichkeit der Gebührenermäßigung bei den Sozialstationen wird auf den Erlass vom 13. September 1989 (Amtsblatt S. 222) hingewiesen. Allerdings ist eine Gebührenermäßigung nur in dem Bereich möglich, der nicht durch Leistungsentgelte der Sozialversicherung finanziert ist. In der Praxis spielt deshalb ein Gebührenerlass im Zusammenhang mit einer Fördervereinsmitgliedschaft keine große Rolle mehr.

HHSt. 4200.7451

Zuweisung an den Kreiscaritasverband

Um die finanziellen Voraussetzungen für eine fruchtbare Tätigkeit der Caritassekretariate in den einzelnen Stadt- und Landkreisen zu sichern, ist nach wie vor von jeder Pfarrei ein Betrag an das Stadt- bzw. Kreiscaritassekretariat abzuführen, der, jährlich 0,51 € für jedes Pfarreimitglied beträgt.

HHSt. 4200.7455

Zuweisungen an die Sozial-, Dorfhelferinnen- und Krankenstationen

Der diakonische Dienst der Kirchengemeinden soll sich darin äußern, dass ein ambulantes pflegerisches Angebot in kirchlicher Trägerschaft zur Verfügung steht. Konkret wird dieses Angebot durch die kirchlichen Sozialstationen erbracht. Die Kirchengemeinden sind als Mitglied (bei einer Rechtsform als e. V.) oder als Gesellschafter (bei einer Rechtsform als GmbH) verantwortlich für die inhaltlichen sowie die wirtschaftlichen Fragen der Sozialstation. Die wirtschaftliche Situation der Sozialstationen ist geprägt durch die Konkurrenz von privaten Anbietern. Im Gegensatz zu diesen Anbietern leisten kirchliche Sozialstationen ihren Dienst auf der Basis des caritativen Auftrags der Kirche; für die Helfer der Sozialstation muss es kennzeichnend sein, „nicht bloß auf gekonnte Weise das jetzt Anstehende zu tun, sondern sich dem anderen mit dem Herzen zuzuwenden, so dass dieser ihre menschliche Güte zu spüren bekommt“ (DEUS CARITAS EST, 31 a). Ein persönliches Wort oder ein Gebet müssen also möglich sein, auch wenn sie durch die Pflegeversicherung nicht refinanziert sein sollten. Dieser kirchliche Auftrag zeigt sich auch darin, dass Patienten betreut werden, die nur über lange Anfahrtswege erreicht werden, und die wegen wirtschaftlicher Ineffizienz von kommerziellen Anbietern nicht unbedingt übernommen würden.

Sozialstationen können eine vollständige Kostendeckung erreichen. Gerade die vorstehend skizzierte christliche Ausprägung kann aber dazu führen, dass diese vollständige Kostendeckung nicht erreicht wird. Für die Trägerverantwortung der Kirchengemeinden bedeutet dies konkret, dass im Rahmen der Haushaltsplanung für die Sozialstation über diese christliche Ausprägung gesprochen und die wirtschaftlichen Folgen konkret erlassen werden. Über ein sich ergebendes Defizit muss ein Finanzierungsbeschluss gefasst werden. Das Defizit muss zur nachhaltigen Sicherung der Station aber dauerhaft finanzierbar sein. Deswegen müssen alle Verantwortlichen, insbesondere die Kirchengemeinden darauf Wert legen, dass die Ausrichtung der Sozialstation nur so viel Geld kostet, wie dauerhaft finanzierbar ist. Ausdrücklich festhalten wollen wir, dass ein Defizit nicht „einfach so“ entstehen kann. Wichtig ist Planung, inhaltliche Festlegung

und christliche Ausprägung der Arbeit, verbunden mit einem Beschluss über die Kostentragung durch die Kirchengemeinden. Eine nachträgliche Umlage eines Defizits wäre nicht zukunftsfähig.

HHGl. 4460

Kindergärten

1. Kindergartengesetz

In den Haushaltsrichtlinien 2004/05 (Amtsblatt 2004 vom 22. April 2004) sind wir auf S. 310 ausführlich auf das zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene Kindergartengesetz eingegangen. Das Gesetz ist zwischenzeitlich für alle Kindergärten umgesetzt.

Am 1. Januar 2005 ist das Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG) in Kraft getreten. Primäres Ziel dieses Bundesgesetzes ist die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das TAG verpflichtet die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, auch für Kinder im Alter unter drei Jahren ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten. Das TAG verlangt den bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung bis spätestens 1. Oktober 2010.

Das Gesetz hat in vielen unserer Kindergärten zu einer Umwandlung von Kindergartengruppen in Gruppen mit Altersmischung geführt, um so Kleinkinder aufnehmen zu können. Bei insgesamt zurückgehenden Kinderzahlen konnte so der Bestand an vorhandenen Gruppen eher gehalten werden. Teilweise wurden auch neue altersgemischte Gruppen oder Kinderkrippen eröffnet. Dabei ist nicht zu übersehen, dass dennoch bei den Einrichtungen in der Erzdiözese insgesamt ein deutlicher Rückgang der Anzahl an Kindergartengruppen eingetreten ist.

Zum 1. Oktober 2005 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz – KICK) in Kraft getreten. Dieses Bundesgesetz verbessert u. a. den Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Am 2. Februar 2006 hat der Landtag von Baden-Württemberg eine Novellierung des Kindergartengesetzes beschlossen. Diese Novellierung ist durch die beiden Bundesgesetze ausgelöst und ist gekennzeichnet durch die bundesgesetzlichen Änderungen. Zusätzlich wird eine Änderung der Finanzierung für „Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsbereich“ vorgenommen und eine Verpflichtung zur politischen, religiösen und weltanschaulichen Neutralität („Kopftuchverbot“) ausgesprochen. Die an erster Stelle genannte Veränderung der Finanzierung verbessert in der Hauptsache die Finan-

zierungssituation für Waldorfkindergärten. Die an zweiter Stelle genannte Neutralitätsverpflichtung trifft auf kirchliche Kindergärten **nicht** zu.

2. Ausstattung mit Schlüsselzuweisungen

Für die Schlüsselzuweisungen für Kindertagesstätten gilt die Schlüsselzuweisungs-Ordnung 2006 und 2007 (Ziffer 2.3.1). Eine inhaltliche Veränderung gegenüber der Schlüsselzuweisungs-Ordnung 2004 und 2005 ist nicht erfolgt.

3. Elternbeiträge in den Kindertagesstätten

Die Kirchenleitungen und der Gemeinde- sowie der Städte- tag Baden-Württemberg haben sich darauf verständigt, die Beitragssätze für zwei Kindergartenjahre festzulegen.

Folgende Mindestsätze wurden vereinbart:

a) In Regelkindergärten

| Kiga-Jahr 2005/06 | 12 Monate | 11 Monate |
|--------------------------|------------------|------------------|
| Erstkind/Monat | 67,00 € | 73,00 € |
| Zweitkind/Monat | 36,00 € | 39,00 € |
| Für jedes weitere Kind | 0,00 € | 0,00 € |

| Kiga-Jahr 2006/07 | 12 Monate | 11 Monate |
|--------------------------|------------------|------------------|
| Erstkind/Monat | 69,00 € | 75,00 € |
| Zweitkind/Monat | 37,00 € | 40,00 € |
| Für jedes weitere Kind | 0,00 € | 0,00 € |

b) In Gruppen mit erweiterter Öffnungszeit / halbtags geöffnete Gruppen

In Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (durchgehend 6 Stunden) kann ein Zuschlag von bis zu 25 % auf den Beitrag für Regelgruppen, bei Halbtagsgruppen eine Reduzierung von bis zu 25 % gerechtfertigt sein. Basis hierfür ist, dass ein jeweils erhöhter bzw. reduzierter Aufwand vorhanden ist.

c) In Kindertagesheimen und Tagheimgruppen

Eine gemeinsame Empfehlung von Gemeinde- und Städte- tag und Kirchenleitungen erfolgt nicht. Wie in den vergangenen Jahren setzen wir für unsere Einrichtungen Mindestsätze in nachstehender Höhe fest:

| Kiga-Jahr 2006/07 | 12 Monate | 11 Monate |
|--------------------------|------------------|------------------|
| Erstkind/Monat | 161,00 € | 176,00 € |
| Zweitkind/Monat | 93,00 € | 101,00 € |
| Für jedes weitere Kind | 0,00 € | 0,00 € |

| Kiga-Jahr 2006/07 | 12 Monate | 11 Monate |
|--------------------------|------------------|------------------|
| Erstkind/Monat | 166,00 € | 181,00 € |
| Zweitkind/Monat | 96,00 € | 105,00 € |
| Für jedes weitere Kind | 0,00 € | 0,00 € |

Als Zweit- und Drittkinder sind Kinder anzusehen, die gleichzeitig mit einem bzw. mehreren Kindern einer Familie den Kindergarten besuchen.

Wenn in den Einrichtungen Verpflegung gereicht wird, sind die Elternbeiträge um einen kostendeckenden Verpflegungsbeitrag zu erhöhen.

Die unter vorstehenden Buchstaben a) und c) genannten Elternbeitragssätze stellen Mindestbeiträge dar. Soweit es die Kostensituation der einzelnen Kindertagesstätten erfordert, sind höhere Elternbeiträge festzusetzen.

Eine Festsetzung der Elternbeiträge unterhalb der vorstehend genannten Mindestsätze setzt die Übernahme des für die Kirchengemeinderechnung entstehenden Beitragsausfalls durch die Kommune voraus.

Wenn dies aufgrund eines bestehenden Kindergartenvertrags erforderlich ist, ist die Erhöhung des Elternbeitrags mit der bürgerlichen Gemeinde abzustimmen bzw. im Kuratorium vorzubereiten.

Nach den staatlichen Elternbeiratsrichtlinien vom 11. Dezember 2000 ist auch der Elternbeirat vor der Festsetzung der Elternbeiträge im Rahmen der für den Träger verbindlichen Regelungen zu hören.

Wegen der Regelungen zur Festsetzung der Elternbeiträge verweisen wir auch auf die Veröffentlichung im Amtsblatt 2005 S. 58.

Betreibt der kirchliche Träger in Kindergärten oder Tageseinrichtungen mit Altersmischung eine Gruppe/mehrere Gruppen mit durchgehend ganztätiger Betreuung (§ 1 Absatz 5 Ziffer 4 des Kindergartengesetzes), so werden ihm gemäß Ziffer 2.3.1 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung Zusatzpunkte gewährt, die sich nach der Zahl der Ganztagskinder bemessen. Das Gleiche gilt für Gruppen in Kinderkrippen und Schülerhorten. Mit diesen Schlüsselzuweisungen und mit den öffentlichen Zuschüssen sowie den Elternbeiträgen muss auch für die vorstehenden Einrichtungsformen eine ausgeglichene Betriebsrechnung erreicht werden.

Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten müssen unbedingt darauf achten, dass der Trägeranteil die für die Einrichtung vorgesehenen Schlüsselzuweisungen (Punkte gemäß Ziff. 2.2.3 und 2.3.1 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung) nicht übersteigt. Insbesondere kann ein über die vorstehenden Schlüsselzuweisungen hinausgehender Trägeranteil nicht zulasten des Ausgleichstocks übernommen werden.

4. Sonstiges

Mit Erlass „Zukünftiges Engagement im Kindergartenbereich IV“ (Amtsblatt 2004 S. 444 f.) wurde geregelt, dass im Rahmen der örtlich vorhandenen Gruppen die

Möglichkeiten an Betreuungsformen, die das Kindergarten gesetz vorsieht, umgesetzt werden können. Die Genehmigung zusätzlicher Gruppen ist grundsätzlich möglich, erfordert allerdings eine vollständige Übernahme der Betriebsausgaben sowie ggf. der Baukosten durch die bürgerliche Gemeinde.

Wegen der Genehmigung von Personalstellen in Kindergärten verweisen wir auf die „Stellengenehmigungs-Richtlinien für Kindergärten, Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen, Kinderkrippen und Schülerhorte“ (Amtsblatt 2004 S. 239 ff.). Diese Richtlinien klären Fragen im Zusammenhang mit der Stellenbewirtschaftung. Eine eventuelle Genehmigungspflicht im Hinblick auf arbeitsrechtliche Fragen wird nicht berührt.

Für die Bemessung des Beschäftigungsumfanges für Reinemachefrauen in Kindergärten (HHSt. 4460.4236) halten wir folgende Richtwerte fest:

| | |
|-----------|-----------------|
| 1 Gruppe | 4 - 6 Stunden |
| 2 Gruppen | 6 - 9 Stunden |
| 3 Gruppen | 9 - 12 Stunden |
| 4 Gruppen | 12 - 14 Stunden |
| 5 Gruppen | 14 - 16 Stunden |

Als Aufwand für Lehr- und Lernmittel, Werkmaterial (HHSt. 4460.5565) können bis zu 25,00 € pro Kind und Jahr veranschlagt werden.

Hinsichtlich der Fort- und Weiterbildung gilt die „Ordnung für die Fort- und Weiterbildung der erzieherisch tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in katholischen Tageseinrichtungen für Kinder“ (Amtsblatt 2003 S. 75 ff.). In diesem Zusammenhang wollen wir insbesondere auf die Einführung verpflichtender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und eines verpflichtenden Leiterinnenseminars hinweisen.

Die Kosten der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Kindertagesstätten sind unter der HHSt. 4460.5670 zu veranschlagen.

Gestellungsleistungen für Ordensangehörige

Gemäß Erlass Nr. 417, Amtsblatt 2004 S. 406, werden die Gestellungsleistungen für Ordensangehörige ab dem 1. Januar 2005 neu festgesetzt.

Ordensangehörige, die als Erzieherinnen oder als Fachpersonal in den Sozialstationen beschäftigt sind, werden der Gestellungsgruppe III zugeordnet. Das jährliche Gestellungsgeld für diesen Personenkreis beträgt 31.440,00 €. Sind die Ordensleute als Kindergartenleiterin eingesetzt, so ist für diese dann die Gestellungsgruppe II zugrunde zu legen, wenn eine vergleichbare Laienkraft nach BAT V b oder höher eingruppiert würde (vgl. Erlass vom 8. Juni

1993, Nr. IX-13385). Die Gestellungsleistung in Gruppe II beträgt 39.540,00 €, in Gruppe I beläuft sich die Gestellungsleistung auf 53.700,00 €. Für das Jahr 2006 erfolgte keine Erhöhung der Gestellungsgelder. Für die Ermittlung des Planansatzes 2007 können die Gestellungsleistungen 2005 mit 2,0 % fortgeschrieben werden.

Mit der Gestellungsleistung sind sowohl die Aufwendungen für eine Haushaltsschwester wie auch alle Sachleistungen (Miete) abgegolten. Insbesondere entfällt die Gewährung der freien Station. Falls dies nach örtlicher Absprache weiterhin geschehen soll, sind die Sachbezugswerte in Abzug zu bringen. Bei unentgeltlicher Überlassung einer Wohnung ist der ortsübliche Mietwert von den Gestellungsleistungen abzusetzen.

Kirchengemeinden, die einer in der Sozialstation tätigen Schwester freie Unterkunft einschließlich freier Heizung und Beleuchtung gewähren, haben darauf zu achten, dass die Sozialstation dafür einen Ersatzbetrag leistet. Gegebenenfalls kann die Verpflichtung der Sozialstation mit der Umlage verrechnet werden.

Bei Ordenspriestern, die im Rahmen eines Gestellungsvertrags mit dem Erzbistum Freiburg einen pastoralen Auftrag wahrnehmen und dabei mietfrei in einem Pfarrhaus o. Ä. wohnen, wird das jährliche Gestellungsgeld, sofern es sich auf 100 % des für Gestellungsgruppe I jeweils geltenden Betrags beläuft, um 3.300,00 € vermindert. Im Falle eines Gestellungsgeldes i. H. v. 80 % beträgt die jährliche Minderung 3.000,00 €. Bei Gestellungsgeldern in anderer Höhe gelten Einzelfallregelungen.

HHGl. 5311 und 5319

Erträge aus Liegenschaften

Mieten, Pachten und Erbbauzinsen sind in jedem Fall auf ihre zeitgemäße Höhe zu überprüfen. Wir halten die Pfarrer und Stiftungsräte dazu an, die rechtlichen Möglichkeiten einer Miet- und Pachtanhebung auszuschöpfen und den Kirchengemeinden nicht durch zu niedrige Miet- und Pachtpreise entsprechende Einnahmen entgehen zu lassen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass im Zusammenhang mit der Durchführung von Verbesserungs- und Erweiterungsmaßnahmen an Mietwohnungen vor Durchführung dieser Maßnahmen mit den Mietern eine Vereinbarung über die Anhebung der Miete in dem Umfang getroffen wird, dass die Wirtschaftlichkeit der Wohnung gewährleistet ist. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Nutzungsentschädigung für Dienst- und Werkwohnungen der kirchlich Bediensteten jeweils unter Beachtung des örtlichen Mietwertes vom Stiftungsrat zu überprüfen ist. Der örtliche Mietpreis ist aus dem Mietpreisspiegel der Kommune für vergleichbare Wohnungen zu ersehen. Sofern ein solcher Mietpreisspiegel nicht vorhanden ist, kann ein sachkundiger Dritter (z. B. Sachver-

ständiger, Architekt, Haus- und Grundbesitzerverein) über eine angemessene Miete Auskünfte geben. Die Nutzungsentschädigung ist dem ortsüblichen Mietpreis anzupassen. Wird dies unterlassen, so kann dies zu erheblichen Steuernachzahlungen führen.

Bei der Vermietung von Wohnungen bzw. Häusern für gewerbliche oder private Zwecke sollen grundsätzlich Mietkautionen erhoben werden. Wir verweisen deswegen und wegen der weiteren Modalitäten auf den Erlass im Amtsblatt 2005 S. 236 f.

Betriebskosten (insbesondere die Kosten für Wärme und Warmwasseraufbereitung, Wasserversorgung und Entwässerung, Müll, Beleuchtung, Versicherungen und Grundsteuer) sind unter der Gliederung 5319 neben den Mieten gesondert auszuweisen und jährlich abzurechnen.

HHGl. 5350 Zinserträge

Die Zinserträge (auch aus Rücklagen) sind in vollem Umfang zu veranschlagen. Die Zinsen aus einer zweckgebundenen Rücklage können dieser zugeführt werden.

HHGl. 6850 Schuldendienst

Gemäß Ziffer 2.4.1 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung können Kirchengemeinden, die nicht in der Lage sind, ihren Schuldendienst voll aus laufenden Haushaltsmitteln oder aus örtlichen Spenden aufzubringen, besondere Schlüsselzuweisungen für ihre Darlehensverpflichtungen gemäß Ziffer 2.41 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung erhalten. Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, den verbleibenden Anteil von 50 % bzw. 60 % des Schuldendienstes aus Haushaltsmitteln oder zusätzlichen Einnahmen aufzubringen.

Die Auszahlung der Schlüsselzuweisungen für Schuldendienstleistungen erfolgt unabhängig von der Vorlage der Haushaltspläne. Jeweils zum 30.6 und zum 31.12. eines Haushaltsjahres werden die zu erwartenden Jahresraten hälftig ausbezahlt.

HHGl. 7100 Seelsorgeeinheit

Zur Veranschlagung gemeinsamer Aufgaben in einer Seelsorgeeinheit können sich die Kirchengemeinden für einen „Finanzplan Seelsorgeeinheit“ entscheiden.

Das Finanzvolumen des Finanzplans ergibt sich durch die Schlüsselzuweisungen für errichtete Seelsorgeeinheiten

gemäß Ziffer 2.5.2 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung, die Zuweisungen der einzelnen Kirchengemeinden und evtl. zusätzliche Einnahmen (Spenden o. Ä.). Die Gesamtkosten für die Seelsorgeeinheit werden vorrangig mit den Schlüsselzuweisungen gemäß Ziffer 2.5.2 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung finanziert. Verbleibt ein ungedecktes Defizit, wird dieses von den Kirchengemeinden in der Seelsorgeeinheit (im Regelfall im Verhältnis der Katholikenzahlen) getragen. Jede Kirchengemeinde beschließt über den auf sie entfallenden Anteil im Rahmen des Beschlusses über den Haushaltsplan. Der Finanzplan liegt dem Haushaltsplan jeder Kirchengemeinde in der Seelsorgeeinheit als Anlage bei.

Wir verweisen im Übrigen auf § 3 c des Musters einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Pfarreien einer Seelsorgeeinheit.

In den Finanzplan können nach Beschluss der Kirchengemeinden sämtliche Kosten übernommen werden, die die gemeinsamen Aufgaben in der Seelsorgeeinheit betreffen. Das Gleiche gilt für Anschaffungen, die einzelne Kirchengemeinden betreffen, die jedoch aus Praktikabilitätsgründen von den Kirchengemeinden der Seelsorgeeinheit gemeinsam vorgenommen werden. Das sind insbesondere Ausgaben für:

Bereich Leitung und Verwaltung

- Personalkosten (Pfarrsekretärin)
- Sachkosten Pfarrbüro / Büro past. Mitarbeiter (Porto, Telefon, Druck- und Kopierkosten usw.)
- Lfd. Bewirtschaftungskosten Pfarrbüro / Büro past. Mitarbeiter (Strom, Wasser, Abwasser, Heizung usw.)
- Einrichtung Pfarrbüro / Büro past. Mitarbeiter (Mobilier, PC, Kopierer usw.)
- Miete der Vikarswohnung
- Aufwand Gesamtpfarrgemeinderat, gem. Ausschuss

Bereich Allgemeine Seelsorge

- Zeitschriften, Fachliteratur, Bücher
- Veranstaltungen und Maßnahmen
- Fahrtkostenersatz bei Fahrten für die Seelsorgeeinheit

Bereich Kultdienste / Kultbedarf

- Messwein, Hostien
- Beschaffung liturgischer, sonstiger Bücher
- Andenken für Taufe, Erstkommunion, Firmung

Bereich „Weitere Aufgaben der Seelsorge“

- Aufwand für Jugend-, Erwachsenen-, Altenseelsorge
- Aus- und Fortbildung von Jugendleitern
- Zuschüsse an Jugend- / Erwachsenenverbände

Die vorstehende Aufstellung ist nicht abschließend.

Soweit nach örtlicher Entscheidung weitere Maßnahmen in den Finanzplan aufzunehmen sind bzw. zusätzliche Aktivitäten auf der Ebene der Seelsorgeeinheit erfolgen, kann der vorstehende Rahmen erweitert werden.

Im Haushaltsplan der einzelnen Kirchengemeinde werden nach wie vor veranschlagt:

- Lfd. Erhaltungskosten für Gebäude / Außenanlagen
- Baumaßnahmen
- Aufwand örtl. Pfarrgemeinderat

- Fahrtkostensatz an den Leiter, an Mitarbeiter (Bistumsbedienstete); für Fahrten innerhalb der Hauptpfarre und im Auftrag der einzelnen Kirchengemeinden an auswärtige Ziele. Für Fahrten vom ersten Dienort in die anderen Pfarreien der Seelsorgeeinheit bzw. mitpastorierten Pfarreien ist das Bistum Kostenträger. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen im Amtsblatt 1990 S. 410 f.

Wegen der Berechnung des Stundenumfanges für die Beschäftigung von Pfarrsekretärinnen im Pfarrsekretariat von Seelsorgeeinheiten verweisen wir auf die Regelung im Amtsblatt 2002 S. 277.

HHSt. 7100.7440

Zuführung an Finanzplan Seelsorgeeinheit (aus Schlüsselzuweisung)

Die Zuweisung der Schlüsselzuweisungen gemäß Ziffer 2.5.2 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung erfolgt an die Kirchengemeinde, in der der Leiter der Seelsorgeeinheit seinen Sitz hat. Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass wirtschaftlich diese Schlüsselzuweisungen nicht alleine dieser Kirchengemeinde, sondern allen Kirchengemeinden in der Seelsorgeeinheit zustehen.

Unter der vorstehenden Haushaltsstelle werden im Haushaltsplan der Kirchengemeinde, die die Schlüsselzuweisungen erhält, diese Mittel zur Finanzierung der Kosten der Seelsorgeeinheit wieder verausgabt. Die Einnahme wird unter HHSt. 7100.0311 (allg. Schlüsselzuweisungen) veranschlagt.

HHSt. 7100.7441

Umlage an Finanzplan Seelsorgeeinheit

Die über die Schlüsselzuweisungen gemäß Ziffer 2.5.2 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung hinausgehende Beteiligung einer Kirchengemeinde an den Kosten der Seelsorgeeinheit wird unter HHSt. 7100.7441 verausgabt.

Unter der gleichen Haushaltsstelle wird auch die Beteiligung einer Kirchengemeinde an den Kosten eines Pfarrverbandes veranschlagt.

Werden in einem Pfarrverband Umlagen für hauptberufliches Personal erhoben, so hat dieser einen eigenen Haushaltsplan aufzustellen und vor der Beschlussfassung im Entwurf dem Erzbischöflichen Ordinariat zur Genehmigung vorzulegen.

Zum Nachweis der auf die einzelne Kirchengemeinde entfallenden Pfarrverbandsumlage ist dem Kirchengemeindehaushaltsplan eine Kopie des genehmigten Pfarrverbandshaushaltsplans anzuschließen.

Im Übrigen dürfen Sonderumlagen in den Haushaltsplan nur eingestellt werden, wenn sie vom Erzbischöflichen Ordinariat genehmigt sind.

HHSt. 7100.0315

Vergütung für die Ferienvertretung

Alle Kirchengemeinden, mit Ausnahme der Filialkirchengemeinden, erhalten zur Bestreitung der Kosten für eine Ferienvertretung jährlich 210,00 € aus der Bistumskasse. Dieser Betrag ist im Haushaltsplan unter 7100.0315 („Zuweisung aus diözesanen Mitteln“) zu veranschlagen. Höhere Aufwendungen gehen zulasten der Kirchengemeinde. Die gesamte Vergütung der Ferienvertretung einschließlich der Sachbezüge ist der Versteuerung zu unterwerfen.

HHSt. 7100.0311

Allgemeine Schlüsselzuweisungen

Jährlicher Anteil an der einheitlichen Kirchensteuer (Schlüsselzuweisung) für die Jahre 2006 und 2007 (vgl. Abschnitt I der Richtlinien).

HHGl. 7800

Sonstige allgemeine Deckungsmittel

Sammelgelder für den laufenden Haushalt sind nach dem zu erwartenden Sammelergebnis zu veranschlagen (vgl. Abschnitt IV Ziffer 2).

Ein Jahresansatz von 3,00 €/Katholik gilt für alle Haushalte als Richtwert. Gemeint sind Sammelgelder, Spenden und sonstige Erträge, die zur Finanzierung der veranschlagten Ausgaben bereitstehen.

Die Änderung des Kontenrahmens zum Haushaltszeitraum 2006/07 hat zur Folge, dass sämtliche Sammelgelder (ob für den Schuldendienst, für Opferkerzen, Klingelbeutel usw.) unter Gliederung 7800 veranschlagt werden.

HHSt. 7800.2300

Messstipendien / Messstiftungen

Das Messstipendium für die Feier und Applikation einer heiligen Messe beträgt einheitlich 4,00 € (Amtsblatt 2001 S. 176). Der Priester darf jedoch ein freiwillig gegebenes Stipendium, das höher ist, ebenso annehmen wie ein Geringeres. Für den liturgischen Sachaufwand ist 1,00 € an den Kirchenfonds abzuführen. Dieser Anteil ist unter HHSt. 7800.2300 im Haushaltsplan der Kirchengemeinde zu vereinnahmen.

Das Stipendium dient gemäß can. 946 CIC kirchlichen Zwecken (z. B. den kirchlichen Werken der Caritas und der Weltmission) und ist daher vom Priester für diese Zwecke zu verwenden. Eine Verwendung für private Zwecke ist nicht zulässig.

Die Mindestsätze für die Dotation von Messstiftungen werden bei einem jährlichen Messopfer einheitlich festgesetzt auf:

160,00 € bei einer Laufzeit von 10 Jahren und
320,00 € bei einer Laufzeit von 20 Jahren.

Wir verweisen im Übrigen auf die Veröffentlichung im Amtsblatt 1994 S. 387 ff.

*HHGl. 9200 (Teil III Vermögensrechnung)
Bildung von Rücklagen*

Soweit sich bei der Aufstellung der Haushaltspläne Überschüsse ergeben, sind diese gemäß Ziffer 1.5 der Schlüsselzuweisungs-Ordnung einer Rücklage zuzuführen. Wegen der Zweckbindung verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt V 1 d, die entsprechend Anwendung finden. Bei verschuldeten Kirchengemeinden empfehlen wir, Überschüsse auch zur außerordentlichen Darlehenstilgung zu verwenden. Bei vermieteten Gebäuden ist im Hinblick auf zukünftige Investitionsmaßnahmen eine zweckgebundene Rücklage zu bilden. Vorgesehen ist eine Rücklagenbildung in Höhe von 40 % der Bruttomieteinnahmen (Gesamteinnahmen gemäß HHSt. 5319.1300). Wenn aus Mieterträgen Darlehen zu tilgen sind, kann die Rücklagenbildung um die von der Kirchengemeinde zu erbringenden Schuldendienstleistungen (evtl. bewilligte Schlüsselzuweisungen sind abzusetzen) ermäßigt werden.

Bei gemischt genutzten Gebäuden (pfarrliche Nutzung + Vermietung) stehen der Kirchengemeinde neben den Mieteinnahmen Schlüsselzuweisungen zu. Die gegenüber einer rein pfarrlichen Nutzung entstehenden Mehreinnahmen müssen entsprechend vorstehender Regelung für die Gebäudeunterhaltung vorgesehen werden. Für vermietete Pfarrhäuser weisen wir auf den Erlass vom 12. Januar 1995, VIII-1191, hin.

HHSt. 9200.9210, .9220

Entnahme aus Rücklagen

Entnahmen aus Rücklagen, soweit sie zur Finanzierung von veranschlagten Ausgaben im Verwaltungs- bzw. Investitionshaushalt oder zum Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben insgesamt benötigt werden, sind hier darzustellen.

Mitteilungen

Nr. 345

Haushaltsplan des Erzbistums Freiburg für die Jahre 2006/2007 (Bestellung)

Der Haushaltsplan der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 2006 und 2007, welcher von der Kirchensteuervertretung in der Erzdiözese Freiburg am 16. Dezember 2006 verabschiedet wurde, liegt zwischenzeitlich in der endgültigen Druckfassung vor. Dieser wird aus Kostengründen den Kirchengemeinden und den diözesanen Dienststellen und Einrichtungen nicht mehr automatisch zugesandt.

Erstmalig zum Haushaltsplan der Erzdiözese Freiburg wurde hierzu ein Geschäftsbericht vorgelegt. Intention des Geschäftsberichtes ist es, den konkreten Haushalt für die Jahre 2006 und 2007 in seinen Grundaussagen darzustellen. Daneben werden auch langfristige Entwicklungstendenzen, die beispielsweise die Kirchensteuer oder die Mitgliederzahl betreffen, sowie Aussagen zu bestehenden Risiken benannt. Der Geschäftsbericht soll damit ein möglichst umfassendes Bild der wirtschaftlich relevanten Kerndaten geben und damit auch zur Transparenz des Bistumshaushaltes einen weiteren Beitrag leisten.

Sowohl der Haushaltsplan wie auch der Geschäftsbericht können über den „Arbeitsbereich Finanzen“ auf der Homepage des Erzbischöflichen Ordinariates Freiburg abgerufen werden: www.ordinariat-freiburg.de.

Soweit ein Exemplar des Haushaltsplans bzw. des Geschäftsberichts 2006/2007 in schriftlicher Form gewünscht wird, kann dieses bei der Abt. VIII/Finanzen schriftlich oder per Mail angefordert werden:

Erzbischöfliches Ordinariat
Abt. VIII/Finanzen
Schoferstraße 2
79098 Freiburg
Fax: (07 61) 21 88 - 5 55
finanzen@ordinariat-freiburg.de

Amtsblatt

Nr. 14 · 7. Juni 2006

der Erzdiözese Freiburg

Herausgeber: Erzbischöfliches Ordinariat, Schoferstr. 2, 79098 Freiburg i. Br., Tel.: (07 61) 21 88 - 3 83, Fax: (07 61) 21 88 - 5 99, caecilia.metzger@ordinariat-freiburg.de.
Druckerei: Koelblin-Fortuna-Druck GmbH & Co.KG, Baden-Baden. Versand: Buch und Presse Vertrieb, Aschmattstr. 8, 76532 Baden-Baden, Tel.: (0 72 21) 50 22 56, Fax: (0 72 21) 5 02 42 56, m.wollmann@koe-for.de.
Bezugspreis jährlich 38,00 Euro einschließlich Postzustellgebühr. Erscheinungsweise: Etwa 35 Ausgaben jährlich.

Gedruckt auf
„umweltfreundlich 100% chlorfrei gebleicht  Papier“

Adressfehler bitte dem Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg mitteilen.
Nr. 14 · 7. Juni 2006

Nr. 346

Druckschriften und Broschüren des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüren veröffentlicht:

Die deutschen Bischöfe Nr. 85

„Kirchliche Richtlinien zu Bildungsstandards für den katholischen Religionsunterricht in der Grundschule/Primarstufe“

Arbeitshilfe Nr. 201

„Leidenschaft für Christus – Leidenschaft für die Menschen“. Ordensleben am Beginn des 21. Jahrhunderts

Die Broschüren können bestellt werden beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Postfach 29 62, 53109 Bonn, Tel.: (02 28) 1 03 - 2 05, Fax: (02 28) 1 03 - 3 30, oder unter www.dbk.de heruntergeladen werden.

Nichtamtliche kirchliche Mitteilung

Nr. 347

Wohnung für Priester im Ruhestand

Im Pfarrhaus der Pfarrei St. Pankratius Tauberbischofsheim-Hochhausen, Dekanat Tauberbischofsheim, steht für einen Priester im Ruhestand mit Haushälterin eine Wohnung zur Verfügung. Mithilfe in der Seelsorge ist erwünscht.

Anfragen sind erbeten an das Katholische Pfarramt St. Martin, Schmiederstr. 23, 97941 Tauberbischofsheim, Tel.: (0 93 41) 9 22 50.